Rainer Rilling

Politik in der DDR

1. Einleitung

Die tagtägliche Berichterstattung des weit überwiegenden Teils der Massenmedien der Bundesrepublik über die politischen Ordnungen der sozialistischen Länder schließt durchweg mit ein die bewertende Verurteilung dieser Systeme als diktatorisch oder unfrei. Ohnehin kommen sie nur dann ins Blickfeld, wenn die Politik in den sozialistischen Ländern in eine Krise geraten zu scheint und an den Sesseln der Herrschenden gerüttelt wird. Eine »immanente« Betrachtungsweise kommt nicht vor: die Kernthese der politischen Ideologie in den sozialistischen Ländern – daß ihre politische Ordnung durch die *Herrschaft der Arbeiterklasse* gekennzeichnet sei – wird ignoriert, als vordergründiges Legitimationsmuster abgetan, dessen Nichtübereinstimmung mit den tatsächlichen Verhältnissen evident sei. Zugleich gilt jeder Widerspruch, Dissens oder Konflikt als ebenso evidenter Sachverhalt, der diese Rechtfertigungsideologie widerlege.[1]

Im Gegensatz dazu soll hier mit den Mitteln der empirischen Politikforschung eine Auseinandersetzung mit dieser Kernthese von der »Herrschaft der Arbeiterklasse « erfolgen.[2])

2. Quantitative und qualitative Merkmale des politischen Systems

2.1 Quantitative Dimension

Nicht nur die Rede vom »bürokratischen Sozialismus« zehrt von der verbreiteten Annahme, daß die Bürokratisierungsprozesse auch in den sozialistischen Ländern zu einem extremen Zuwachs des Verwaltungspersonals geführt hätten. Vor allem im Bereich der Staatsverwaltung sei ein vergleichsweise höherer Anteil der Erwerbstätigen beschäftigt. Diese Annahme über die *quantitative* Dimension des personellen Inputs läßt sich nicht bestätigen. Im Bereich der Industrieverwaltung ist seit Anfang der 60er Jahre der Anteil der Beschäftigten an der Gesamt-

heit der Erwerbstätigen in der sozialistischen Industrie um 3—4 % auf ca. 20 % gestiegen.[3] Im Staatsdienst der DDR waren 1954 ca. 160000 Personen tätig, darunter 44646 in den zentralen Verwaltungsorganen; nachdem vor allem in der zweiten Hälfte der 60er Jahre die Zahl der Verwaltungsmitarbeiter um 10 % angestiegen war (1965—1970), belief sich Mitte der 70er Jahre die Zahl der Arbeiter und Angestellten im Staatsdienst der DDR auf 175000 (2,5 % der Arbeiter und Angestellten).[4] Ein Vergleich mit der BRD ist zwar nicht möglich, doch fällt immerhin auf, daß bei einer vergleichenden Analyse der Berufsstruktur 1964 die Berufe der Abteilung Wirtschaftsleitung, Verwaltung und Rechtswesen in der BRD »einen weit größeren Raum ein(nahmen) (17 %), als in der DDR (12 %).«[5]

2.2 *Qualitative Dimension*

Zur Untersuchung der *qualitativen* Merkmale des personellen Inputs in das politische System hat sich immer deutlicher die Rekrutierungsforschung als spezielle Forschungsrichtung herausgebildet. Sie analysiert »die Prozesse, durch welche Individuen oder Gruppen in aktive politische Rollen übergehen«.[6] Als die entscheidenden Variablen, die solche Übergangsprozesse determinieren, gelten die soziale Herkunft und demographische Merkmale, die familiäre politische Sozialisation, Aktivität in gesellschaftlichen Institutionen (Schule, Vereine usw.), der Bezug des gewählten Berufs zur Politik, die subjektiven Fähigkeiten und Chancen zur Kontrolle verschiedener Ressourcen (Geld, Informationen usw.) und die generelle Verfassung des politischen Systems, die unterschiedliche Selektionspraktiken festlegt. Das Staatspersonal der sozialistischen Länder weist hinsichtlich dieser qualitativen Aspekte nun unverkennbare Eigenheiten auf, die bei einem historischen Vergleich rasch deutlich werden.

Bei der *Rekrutierung* des Personals des *feudalen* Staates spielten Geburt und Verwandtschaftsverhältnisse eine entscheidende Rolle. Als spezifischer Qualifikationsausweis mußte die Fähigkeit erbracht werden, gegenüber adliger Autorität persönliche Dienste zu leisten.[7] Repräsentation gehörte nicht zu den Aufgaben des Angehörigen des feudalen Staates. Die Außenbeziehungen des Personals werden nicht durch die Nation strukturiert, sondern durch Beziehungen zwischen »Häusern« und »Familien«. Die dynastischen Heiraten sind ein Beispiel dafür. Im *Kapitalismus* hingegen müssen die Staatsangehörigen spezielle und spezialisierte intellektuelle Fähigkeiten und Qualifikationen aufweisen. Nicht über den Weg persönlicher Dienste, sondern über die

Leistungskonkurrenz befähigter Individuen geschieht der Eintritt in den Staatsapparat. Bis auf den heutigen Tag spielen bei der Rekrutierung intellektuelle Qualifikationen, nicht Erfahrungen in der manuellen Arbeit eine Rolle. Die Rekrutierungsvorgänge selbst vollziehen sich nach Kriterien, in denen fachliche und politische Anforderungen kombiniert sind. Informelle Netzwerke von Klientelführern bilden häufig das entscheidende Scharnier für eine Tätigkeitsaufnahme im Staatsapparat und entsprechende Karrieren. Bei der Rekrutierung spielt die Fähigkeit, Autorität über Untergebene auszuüben, als spezielle soziale Qualifikation eine Rolle. Zum Ethos des Staatsangestellten der bürgerlichen Gesellschaft gehört die Repräsentation der Nation. Das Kriterium der nationalen Repräsentativität reguliert als das spezifisch bürgerliche Repräsentationsprinzip die Mitgliedschaft im Regierungs- und Spitzenadministrationsbereich des bürgerlichen Staates. Im entwickelten Kapitalismus modifizieren sich diese Rekrutierungsmuster: der Professionalisierungsgrad nimmt zu, die politische Hierarchie vergrößert sich weiter. Die Benachteiligung der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Frauen bleibt trotz der Verbreiterung der sozialen Rekrutierungsbasis in Teile der lohnabhängigen Mittelschichten hinein bestehen: »One of the most persistent findings in the United States, at all levels of government, is the very small proportion of politicans with a working-class background«.[8] Der Anteil der Personen mit wirtschafts- und naturwissenschaftlicher sowie technischer Vorbildung nimmt zuungunsten des Juristenanteils stark zu.

Demgegenüber weisen die Rekrutierungsvorgänge in den *sozialistischen* Ländern *fünf Besonderheiten* und grundlegende Differenzen auf.

a. Prinzip der Klassenrepräsentativität

In den sozialistischen Ländern werden *erstens* die Rekrutierungsprozesse nach dem *Prinzip der Klassenrepräsentativität* reguliert.

Die politischen Organisationen der sozialistischen Gesellschaften, insbesondere die staatlichen Vertretungskörperschaften, die Organe des Staatsapparats (Regierung, Ministerien, zentrale staatliche Organe, Räte der örtlichen Volksvertretungen, Gerichtswesen, Militär) und staatliche Einrichtungen sollen nach der expliziten Leitvorstellung der sozialistischen Rekrutierungspolitik die Klassenstruktur der jeweiligen Bevölkerung repräsentieren. Das Prinzip hat drei Abstufungen: *soziale Herkunft* (sozialökonomischer Status der Eltern), *Vorposition* (Bildungsstand, beruflicher bzw. sozialökonomischer Status vor der Übernahme einer politischen Funktion), *Position* (beruflicher und sozialökonomischer Status während der Ausübung einer politischen Funk-

tion). In sozialrevolutionären Umwälzungen – ob 1917, 1945 oder später in Ländern der dritten Welt wie Vietnam, Chile oder Äthiopien – findet sich durchweg an zentraler Stelle das Bemühen, die soziale Zusammensetzung der entstehenden politischen Organisation entsprechend dem Prinzip der Klassenrepräsentativität zu gestalten.

Einige Beispiele aus der SBZ/DDR sollen diese erste bedeutendste Differenz der Rekrutierungsmuster der sozialistischen Länder gegenüber feudalen und kapitalistischen Gesellschaftsordnungen verdeutlichen. Bereits die ersten im Sommer/Herbst 1945 aufgebauten staatlichen Organe in der SBZ – die Landes- und Provinzial*verwaltungen* – zeigen dieses zentrale Element der *sozialen Konstitution von Klassenherrschaft*. Bekannt sind die Angaben zur Provinzialverwaltung Mark Brandenburg: am 1. 10. 1945 gehörten von 191 leitenden Mitarbeitern ihrer sozialen Herkunft nach 28,3 % zur Arbeiterklasse und 7,3 % zur Bauernschaft.[9] In Thüringen kamen von 4500 leitenden Funktionären in den Verwaltungsorganen 40,03 % aus der Arbeiterklasse; 28,5 % waren ihrer sozialen Herkunft nach Angestellte.[10] Bei den im Herbst 1945 entstandenen Bodenreformkommissionen, deren Bedeutung auf örtlicher Ebene lag, tritt der Klassencharakter ihrer sozialen Zusammensetzung noch wesentlich deutlicher hervor: ihrer Position nach waren von 52292 Mitgliedern der Kommissionen 19700 als Landarbeiter Angehörige der Arbeiterklasse, 18556 waren Kleinpächter und 6352 waren Umsiedler.[11]

Explizit hervorgehoben und praktisch realisiert wird das Prinzip der Klassenrepräsentativität bei der Rekrutierung für staatliche Organe ebenfalls bei der Bildung der sog. »Beratenden Versammlungen« bei den Landes- und Selbstverwaltungen in den Ländern der SBZ Mitte 1946, die dem Aufbau gewählter *Vertretungskörperschaften* vorausging. Die 70 Mitglieder der Beratenden Versammlung Mecklenburg waren ihrer Position nach 7 % Arbeiter, 20,0 % Bauern, 32,9 % Angestellte, 18,6 % Angehöriger der Intelligenz sowie 12,8 % Handwerker, Gewerbetreibende usw. Für diese wie für die anderen sozialstatistischen Angaben gilt die Präzisierung Kornows: »Der hohe Anteil von Angestellten resultiert vor allem daraus, daß in gesellschaftliche, staatliche oder wirtschaftliche Leitungsfunktionen berufene Werktätige mangels genauer Angaben über ihren bisherigen sozialen Status hier ausgewiesen wurden.«[12] Nachdem September/Oktober 1946 in der SBZ Wahlen stattgefunden hatten, wurden diese Versammlungen aufgelöst.

Im Land Mecklenburg waren von den am 15. 9. 1946 gewählten Gemeindevertretern 15,9 % Arbeiter, 29,6 % Neubauern, 23,5 % Bauern, 9,6 % Angestellte, 2,2 % Angehörige der Intelligenz, 5,5 % Selbständi-

ge, 3,7 % selbständige Gewerbetreibende, 7,9 % Hausfrauen und 2,1 % »Sonstige«. Weniger deutliche Strukturveränderungen erbrachte die am selben Tag durchgeführte Wahl der Stadtverordneten in den sechs kreisfreien Städten: 4 % Arbeiter, 1,4 % Bauern, 42,2 % Angestellte, 15,7 % Intelligenz, 14,3 % selbständige Handwerker, 10,0 % selbständige Gewerbetreibende, 8,9 % Hausfrauen und 3,6 % ›Sonstige‹.[13] Von den insgesamt 24186 Gemeindevertretern in Thüringen waren 1946 8430 Arbeiter und 7590 Bauern.[14] Bei den Kreistagswahlen in Thüringen waren unter 1058 Abgeordneten 167 Arbeiter, 210 Bauern, 361 Angestellte, 22 Ingenieure und Techniker, 168 Selbständige, Handwerker und Gewerbetreibende, 9 Ärzte, 8 Künstler, 82 Hausfrauen und 31 ›Sonstige‹.[15] Weitere Analysen zur sozialen Zusammensetzung der Gemeindevertretungen in der SBZ aufgrund der Wahlen 1946 sind nicht vorhanden und offenbar aufgrund fehlender Unterlagen auch nicht mehr möglich.

Die soziale Zusammensetzung der *Landtage* in der SBZ, die ebenfalls 1946 gewählt wurden, konnte ebenfalls nicht voll ermittelt werden. Auch hier liegen nur vereinzelte Angaben vor. Von den 312 Landtagskandidaten in Mecklenburg waren 17,3 % Arbeiter, 25,2 % Bauern, 26,1 % Angestellte, 14,4 % Intellektuelle und 16,0 % Handwerker, Gewerbetreibende usw. (Positionsangaben).[16] Von den 109 Angehörigen des Landtags Sachsen-Anhalt waren Anfang 1947 32,11 % Arbeiter, 4,40 % Bauern, 22,02 % Angestellte, 27,80 % Angehörige der Intelligenz, 10,09 % selbständige Handwerker und Kaufleute. In den Landtag Sachsens waren am 12. 10. 1946 unter 120 Abgeordneten 19 Arbeiter, 10 Landwirte und 33 Angestellte gewählt worden.[17]

Über das soziale Profil des *Staatsapparats* zwischen 1946 und 1948 auf örtlicher, regionaler bzw. zentraler Ebene liegen nur wenige Angaben vor. Von weitreichender Bedeutung jedoch ist, daß 1948 46,6 % aller Mitarbeiter des Staatsapparats der SBZ ihrer sozialen Herkunft nach (Vorposition) Arbeiter waren; 9,5 % wurden als Bauern, 14,1 % als Angestellte, 11,4 % als Beamte und 18,6 % als ›Sonstige‹ [18] geführt. Auch in der Folgezeit wurde bei der Rekrutierung der Staatsangestellten dieses Prinzip der Klassenrepräsentativität durchgehalten. Im Mecklenburger Ministerium des Innern waren 1949 58,8 % der Beschäftigten ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter bzw. Bauern, am 30. 6. 1952 waren es 76,5 %. Zum selben Zeitpunkt waren von allen Mitarbeitern des Staatsapparates in Mecklenburg ihrer sozialen Herkunft nach 56,7 % Arbeiter und Landarbeiter, 11,1 % Bauern, 18,4 % Angestellte, 10,2 % selbständige Handwerker und Gewerbetreibende, 2,9 % entstammten sogenannten freien Berufen und 0,7 % zählten als ›Sonstige‹.[19]

Im gesamten Staatsapparat der DDR waren 1950 48,6 % aller Mitarbeiter in den Regierungsstellen ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter, in den örtlichen Organen betrug ihr Anteil 54,3 %.[20] Die bevorzugte Rekrutierung von Arbeitern – zwischen 1945 und 1952 wechselten 160000 Arbeiter in die Verwaltungen über [21] – führte dazu, daß der Arbeiteranteil in den zentralen Regierungsstellen von 48,6 % im Jahre 1950 auf 61,1 % im Jahre 1955 anstieg. Auf der örtlichen Ebene erhöhte sich dieser Anteil von 54,3 % auf 64,7 %.[22] Insgesamt waren Ende 1955 63,8 % aller Mitarbeiter des Staatsapparats der DDR ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter, 8,2 % Bauern, 16,5 % Angestellte und 11,5 % ›Sonstige‹.[23] Auf dem IV. Parteitag der SED gab W. Ulbricht an, daß von 20 Ministern 10 aus der Arbeiterklasse, 1 aus der Bauernschaft und 2 aus dem Handwerk kämen; in 108 Regierungsdienststellen waren von den leitenden Angestellten ihrer sozialen Herkunft nach 804 Arbeiter und Landarbeiter, 26 Klein- und Mittelbauern, 242 Angestellte und 257 ›Sonstige‹ (Beamte, Handwerker u.a.). In den Räten der Kreise waren von den leitenden Angestellten der sozialen Herkunft nach Arbeiter und Landarbeiter 2337, Klein- und Mittelbauern 205, Angestellte 316 und ›Sonstige‹ 615. 1950 waren 52 %, 1953 bereits 68 % der leitenden Angestellten aus der Arbeiterklasse gekommen. »Ähnlich ist die Kaderentwicklung bei den Räten der Kreise und der Städte.«[24] 78 % der Bürgermeister der Städte und 71 % der Bürgermeister der Gemeinden kamen zu diesem Zeitpunkt aus der Arbeiterklasse.[25]

Parallele Prozesse vollzogen sich in den Bereichen der Justiz und Wirtschaftsleitung bzw. -verwaltung und in anderen Bereichen des Staatsapparates, die in der bürgerlichen Gesellschaft zu den Sektoren gehörten, die seit jeher extrem begrenzte Rekrutierungsfelder aufwiesen und für nicht-bürgerliche Gruppen praktisch unzugänglich waren. Während in der *Justiz* 1931 0,03 % der Weimarer Richter und Staatsanwälte ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter waren und in der SBZ noch 1946 Richter und Staatsanwälte aus den bislang besitzenden Klassen und Schichten dominierten, kamen Ende 1949/Anfang 1950 ihrer sozialen Herkunft nach rund 43 % der Richter und 53 % der Staatsanwälte aus Arbeiter- und Angestelltenfamilien bzw. der werktätigen Bauernschaft [26]: »Blitzkarrieren, z.B. vom Arbeiter zum Generalstaatsanwalt, sind möglich und üblich«.[27] Radde's Analyse des *außenpolitischen Dienstes,* der traditionelles Reservoir großbürgerlicher Gruppen war, resümiert: »Die Gruppe der selbst Arbeiter gewesenen oder aus der Arbeiterklasse stammenden Diplomaten hatte besondere Bedeutung in der ersten Phase der DDR-Geschichte und -Diplomatie, in der die DDR durch ihren Kontinuitätsverzicht (Verzicht auf Beamtenschaft) neue

Kader in die wichtigsten Positionen brachte.«[28] Insbesondere der außenpolitische Dienst der DDR in den anderen sozialistischen Ländern sei zwischen 1949 und 1969 »ein Konglomerat von ungelernten Arbeitern, Facharbeitern und Personen aus verwaltenden Berufen der unteren und mittleren Ebene« [29] gewesen. Endlich gilt dasselbe für den Bereich der *Wirtschaftsleitung*. Mitte 1947 waren in Sachsen von den Direktoren der Industrieverwaltungen 5,2 % frühere Direktoren, 31,7 % Kaufleute, 23,9 % Ingenieure, 11,9 % Angestellte und 27,3 frühere Arbeiter.[30] Einen Überblick über die soziale Zusammensetzung der Leitungen in den einzelnen Ländern bzw. in der SBZ insgesamt geben die folgenden zwei Tabellen.[31]

Leiter der VEB's	Sachsen	Brandenburg	Mecklenburg	Thüringen
frühere Direktoren	4,2%	7,3%	3,85%	–
Kaufleute	21,7%	19,1%	20,39%	–
Ingenieure	13,5%	10,3%	15,38%	–
Angestellte	13,0%	27,8%	36,20%	55% ED)
Arbeiter	47,0%	35,3%	24,18%	

SBZ Stand vom 13. 2. 1947	Direktoren und Stellvertreter der Haupt- und Industrieverwaltungen	Betriebsleiter
frühere Direktoren	15 = 5,9%	96 = 6,2%
Kaufleute	81 = 32,2%	363 = 23,6%
Ingenieure	58 = 23,0%	274 = 17,8%
Angestellte	40 = 15,9%	473 = 30,7%
Arbeiter	58 = 23,0%	334 = 21,7%

Vergleichbare Angaben liegen in begrenztem Umfang auch für die folgenden Jahre vor.

Für *Mitte der 70er Jahre* liegen folgende Angaben vor: von den 500 Abgeordneten der Volkskammer, die in der Wahlperiode 1971—1976 Abgeordnete waren, erlernten 398 zunächst einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf bzw. waren in ihrer ersten Erwerbstätigkeit Arbeiter in der Industrie und Landwirtschaft.

»Eben weil die beiden »politischen Klassen« in der BRD und in der DDR nichts mehr miteinander gemein haben«, stellt Lapp in seiner Analyse der Volkskammer fest, »entfällt der gemeinsame Maßstab bei Vergleichen der sozialen Herkunft von Mitgliedern des Bundestages und Mitgliedern der Volkskammer. Bei derartigen Vergleichen läßt sich . . .nur immer wieder die Verschiedenartigkeit der beiden Sozialstrukturen feststellen, die auch in der Rekrutierung der Abgeordneten ihren Ausdruck findet.«[33] Von den 1974 gewählten 190895 Abgeordneten der Kreistage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen waren 73981 (38,8 %) Arbeiter, gut 30 % Angestellte und über 26 % Mitglieder von Produktionsgenossenschaften (Bauern, Handwerker).[34] Der Anteil der leitenden Funktionäre aus der Arbeiterklasse erhöhte sich: »In der antifaschistisch-demokratischen Revolution entwickelte sich der Anteil der Kader aus der Arbeiterklasse von etwa einem Drittel im Jahre 1946 auf fast die Hälfte im Jahre 1949. Im Verlaufe der sozialistischen Revolution erhöhte er sich bis 1962 auf zwei Drittel. Er beträgt gegenwärtig (1967–R.R.) insgesamt 70 %, in Leitungskollektiven durchschnittlich 75 %.«[35] Mitte der 70er Jahre dagegen wurde ein etwas geringerer Anteil angegeben: von den leitenden und wissenschaftlichen Mitarbeitern der zentralen Staatsorgane kamen über 60 % ihrer sozialen Herkunft nach aus der Arbeiterklasse. Fast die Hälfte dieser Mitarbeiter war vor ihrer Tätigkeit in den Staatsorganen als Arbeiter tätig. In den Räten der Bezirke, Kreise, Städten und Gemeinden sind etwa 75 % der Berufstätigen ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter und Bauern, ebenso über 88 % der Bürgermeister. Vier von fünf Bürgermeistern waren vor ihrer Wahl selbst Arbeiter oder Bauer. 77 % der Staatsanwälte entstammen der Arbeiterklasse, 50 % von ihnen waren in der Produktion tätig. 75 % der Leiter der Volkswirtschaft, 92 % der Generaldirektoren der VVB und der wichtigsten Kombinate, endlich 70 % der NVA-Offiziere sind ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter.[36]

Diese zahlreichen Angaben werfen sicherlich nicht nur methodische Probleme auf.[37] Doch daß der Rekrutierungsprozeß »von Eliten in kommunistischen Ländern . . . kaum der Erforschung wert ist« [38] oder die Daten zur sozialen Herkunft für die Erkärung von »Politik häufig so unergiebig wie der psychoanalytische Ansatz, der politisches Verhalten auf frühkindliche Erlebnisse zurückführt« seien [39], kann nicht akzeptiert werden. Berücksichtigt werden müssen alle drei Dimensionen (Herkunft, Vorposition, Status), die von unterschiedlichem Gewicht sind und von denen angenommen werden kann, daß ihr gemeinsames Auftreten der Variablen »soziale Zusammensetzung« gesteigertes Ge-

wicht im Prozeß der Strukturierung von Politik verleihen. Zudem geht es nicht um den von anderen Faktoren isolierten Einfluß, den z.B. die soziale Herkunft auf das individuelle Verhalten eines politischen Individuums hat, sondern um ihre Bedeutung innerhalb der komplexen Determination des politischen Verhaltens sozialer Gruppen und Klassen. Es ist durchaus denkbar, daß diese Aspekte der sozialen Herkunft, Vorposition usw. auch eine äußerst geringe Rolle spielen.[40]

Eine Bewertung der Daten erlaubt es, drei Sachverhalte festzuhalten: das Prinzip der Klassenrepräsentativität, das den Rekrutierungsprozeß der sozialistischen politischen Systeme kennzeichnet, ist in der DDR hinsichtlich der Dimension der sozialen Herkunft eindeutig realisiert, wenn der Annahme gefolgt wird, daß gegenwärtig knapp 80 % der Erwerbstätigen in der DDR zur Arbeiterklasse gehören. Wesentlich weniger läßt sich über die Verwirklichung der zweiten Dimension (Vorposition) sagen. Die neueren Angaben aus den 70er Jahren legen die Vermutung nahe, daß 30—40 % auch ihrer sozial-ökonomischen bzw. beruflichen Stellung vor der Aufnahme einer Funktion im Staatsapparat nach aus der Arbeiterklasse kommen. Hinsichtlich der dritten Dimension der Verwirklichung dieses Prinzips – Wahrnehmung politischer Funktionen bei gleichzeitiger Ausübung eines Arbeiter- oder Angestelltenberufs und bei Wahrung der sozialökonomischen Position – liegen noch weniger trennscharfe Angaben vor. Bei der Durchführung ehrenamtlicher Funktionen im lokalen, örtlichen und regionalen Rahmen, die in den sozialistischen Ländern traditionell intensiv entwickelt werden, dürfte dieses Prinzip gewahrt sein, sofern keine politischen Kernfunktionen mit vergleichsweise hohen professionellen Anforderungen gemeint sind, die nicht gelegentliche, sondern dauerhafte, »full-time« Aktivität im politischen Bereich verlangen. Nach neueren Analysen hat die ehrenamtliche Mitarbeit in Organen des Staatsapparats in der DDR »stark zugenommen« [41] und ist insofern auch eine Deprofessionalisierungstendenz auf lokaler/örtlicher Ebene sichtbar. Wo wie im zentralen Partei- oder Staatsapparat »Politik als Beruf« (Weber) ausgeübt wird, ist die naturgemäß bloß randständige Verwirklichung dieser letzten Dimension des Prinzips des Klassenrepäsentativität weithin als Symbolisierung des Festhaltens an der gesellschaftspolitischen Zielvorstellung der Deprofessionalisierung von Politik zu verstehen.[42] In welchem Umfang endlich eine Kombination bzw. Kumulation der drei Dimensionen auftritt, ist nicht bekannt, obwohl sie innerhalb der politischen Kultur der DDR zweifellos äußerst positiv bewertet wird.[43]

b. Die Rolle der manuellen Arbeit

Die zweite grundlegende Differenz in den Rekrutierungsvorgängen der sozialistischen Länder gegenüber kapitalistischen oder vorkapitalistischen politischen Systemen betrifft die sich aus der Veränderung der Klassenbasis von Rekrutierungsvorgängen bereits ergebende modifizierte *Rolle der manuellen Arbeit*. Die Erfahrung in manueller Arbeit spielt in den sozialistischen Ländern eine sehr wesentliche Rolle sowohl hinsichtlich der Rekrutierung des Staatspersonals aus dem Bereich der materiellen Produktion als auch hinsichtlich der verschiedenen Formen der Verbindung der Intelligenz mit der materiellen Produktion in der Ausbildung und Sozialisation [44] und in der Berufsausübung der Staatsangestellten – sei's nun durch ritualisierte Bezüge auf den Bereich der Handarbeit (man denke an die alljährlichen Rundreisen von Mitgliedern des Politbüros der SED oder von Bezirksleitern der SED durch Großbetriebe), sei's durch die zeitweise in verschiedenen Ländern üblichen »Arbeiten in der Produktion« bzw. die Verlagerung der Ausübung politischer Funktionen in den Produktionsbereich.[45] Wesentlicher aber ist die Konzentration politischer Funktionen auf den (insbesondere groß-) betrieblichen Bereich, die im gesamtstaatlichen politischen Entscheidungsprozeß offenbar eine Schlüsselrolle spielen. Kaum unterschätzt werden kann in diesem Zusammenhang die alleinige politische Repräsentanz der kommunistischen Partei im Produktionsbereich.[46] Schon angesichts des schieren Umfangs der involvierten Personengruppe ist auch die im § 17 des Wahlgesetzes vom 24. 6. 1976 auf Empfehlung der 11. Tagung der SED (1973) staatsrechtlich fixierte Bestimmung hervorzuheben, daß die Kandidaten zu den Volksvertretungen zunächst »von den Kollektiven, in denen sie tätig sind, geprüft und vorgeschlagen werden.«[47] Neben dieser Bestimmung, die erstmals bei den Kommunalwahlen in der DDR 1974 angewandt wurde, stellt die Rechenschaftspflichtigkeit der Abgeordneten gegenüber den Arbeitskollektiven eine weitere institutionelle Form der Verknüpfung des politischen Systems mit dem Bereich der unmittelbaren Produktion dar. In 244 untersuchten Volksvertretungen der DDR fanden 55 % der Rechenschaftslegungen der Abgeordneten vor den Arbeitskollektiven in den Betrieben statt.[48] Diese strukturelle Politisierung des unmittelbaren Produktionsbereichs, deren entscheidendes Element in der Schlüsselrolle der SED im betrieblichen Entscheidungsprozeß zu sehen ist, reflektiert die funktionale Einbindung von Politik und ihren Repräsentanten in die ökonomische Reproduktion, welche durch das spezifische Verhältnis von Politik und Ökonomie eine für kapitalistische Gesellschaften, deren

ökonomischen Basisprozesse weiterhin dominierend privatförmig organisiert sind, untypische Intensität und Reichweite auszeichnet. In dieser – noch zu diskutierenden – qualitativ neuen Wechselwirkung von Politik und Ökonomie in den sozialistischen Ländern ist die objektive und allgemeine Grundlage der Veränderungen im Rekrutierungsprozeß und damit auch in der Bewertung und Rolle der manuellen Arbeit zu sehen.

c. Einbeziehung bislang unterprivilegierter Gruppen

Eine *dritte* grundlegende Differenz in den Rekrutierungsprozessen der politischen Systeme der sozialistischen Länder betrifft die Einbeziehung bislang unterprivilegierter Gruppen, insbesondere der *Jugendlichen*, *ethnischen Minderheiten* (dies spielt in der UdSSR eine beträchtliche Rolle) und – in erster Linie – der *Frauen*. Hierzu liegen zahlreiche Arbeiten und Angaben vor. »Jede sechste Leitungsfunktion in Industrie und Landwirtschaft wird jetzt von einer Frau ausgeübt, jeder fünfte Kreisarzt, jeder vierte Bürgermeister oder Schuldirektor, jeder dritte Funktionär im Hoch- und Fachschulwesen und jeder zweite im Handel ist gleichfalls eine Frau. Zusammengenommen werden knapp ein Drittel aller Leitungsfunktionen in allen Bereichen der Gesellschaft von Frauen eingenommen.«[49] Damit ist weiterhin eine unterdurchschnittliche Repräsentanz der Frauen gerade auch auf politischen Entscheidungspositionen gegeben, doch das Maß der Unterprivilegierung ist zweifellos qualitativ geringer als in kapitalistischen Gesellschaften, wie am Beispiel der Justiz verdeutlicht werden kann, die traditionell ein nahezu ausschließlich von Männern besetztes Berufsfeld darstellte. 1973 betrug in der BRD der Anteil der Frauen bei den Staatsanwälten 5 % und bei den Richtern 9,1 %.[50] Nach Angaben vom 1. 5. 1975 aus der DDR waren dort 27,7 % aller Staatsanwälte und 40,8 % aller Richter (sowie 42,1 % aller Staatlichen Notare) Frauen; sie sind ihrer sozialen Herkunft nach zudem überwiegend Arbeiter. Im mittleren Justizdienst deutet sich sogar eine Feminisierung des Berufs an.[51] Ein entscheidender Faktor bei der Ausweitung dieser Rekrutierungsbasis ist die Zunahme der Qualifikation und die Einbeziehung der Frauen in die Berufstätigkeit überhaupt, ohne die eine Einbeziehung in den politischen Prozeß kaum möglich ist. Zugleich ist diese Einbeziehung das Ergebnis gezielter Förderungspolitik.[52]

d. Selektionsmodus

Eine *vierte* bemerkenswerte Differenz kann darin gesehen werden, daß in den sozialistischen Ländern an die Stelle der Qualifikationskonkur-

renz (in welche natürlich auch politische Selektionskriterien eingreifen) das *Steuerungsinstrument des Nomenklatursystems* tritt, das die innerstaatliche Stellen- und Karrierepolitik formalisiert und »politisiert« und damit insofern »öffentlich« macht, als es beansprucht, das Prinzip der Klassenrepräsentativität gegenüber dem Bezug auf die »Nation« offen zur Geltung zu bringen. Rekrutierung geschieht hier weiter nicht mehr über den *spontanen* Prozeß eines *kapitalistischen* Arbeitsmarktes, dessen Wirksamkeit durch staatsinterventionistische Politisierung (Berufsverbote als extremstes Beispiel) und politisierte Prozesse der kooptationsförmigen Selbstrekrutierung in den administrativen Führungspositionen unterhöhlt ist. Rekrutierung in den sozialistischen Ländern dagegen vollzieht sich von vornherein als *politischer* und *geplanter* Prozeß, symbolisiert in der Kaderakte und realisiert wesentlich über die politischen Entscheidungen über Karrieren, die in unterschiedlichem Ausmaß bei der Partei – als einer politischen Institution – monopolisiert sind.

e. Fähigkeiten und Qualifikationen des Staatspersonals

Eine *fünfte* Differenz bezieht sich auf die sozialen und intellektuellen Fähigkeiten und Qualifikationen des Staatspersonals. Die westliche DDR-Forschung hat seit jeher dieser Frage übergroße Aufmerksamkeit geschenkt und ist mit Akribie der »Gewichtung zwischen politischen und fachlichen Qualifikationen« [53] nachgegangen. Ihr Ausgangspunkt war in der Regel die nicht zutreffende Annahme, daß für das Profil der Staatsangestellten in sozialistischen Ländern die Ausbildung einer Doppelqualifikation charakteristisch sei: einerseits eine arbeitsprozeßbezogene, »fachliche«, und andererseits eine extrafunktionale, positions- und herrschaftsbezogene »politische« Qualifikation, deren dichotomisches Verhältnis zueinander im historischen Prozeß zu erforschen sei. Entsprechend der Ausprägung dieser Qualifikationsmuster bildeten sich konkurrierende Gruppen oder Funktionszusammenhänge heraus: Fachleute (Technokraten) gegen Universalisten (Politiker), Verwaltung versus Partei usw.[54] Nun ist ungeachtet der Neutralitätsideologie der bürgerlichen Staatsverwaltung eine solche »Doppelqualifikation« auch für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes in kapitalistischen Gesellschaften typisch.[55] Hier kann also die Spezifik der Qualifikationsstruktur des Staatspersonals in den sozialistischen Ländern nicht gesucht werden. Von Bedeutung ist vielmehr, *welche* politischen Verhältnisse über das Handeln des Staatspersonals realisiert werden und *wie* sich die soziale Qualität dieser Politik in Anforderungen an spezifi-

sche Qualifikationen und Fähigkeiten des Staatspersonals umsetzt. Rekrutierung und Kaderpolitik beziehen sich auf die Ausbildung organisationsbezogener Qualifikationen. Während die von der bürgerlichen Gesellschaft weit entwickelte Ausdifferenzierung intellektueller, arbeitsprozeßbezogener Qualifikationen in einem bestimmten Umfang in allen sozialistischen Ländern übernommen wurde, so gilt dies für einen Sachverhalt nicht: während bei der Rekrutierung für den bürgerlichen Staat die Aneignung der Fähigkeit eine wesentliche Rolle spielt, über untergeordnete Mitglieder des Personals *Autorität* auszuüben, geht es im sozialistischen Staatsapparat um die Ausbildung einer anderen *Herrschaftstechnik*: die der *politischen Führung*. Das Staatspersonal in den sozialistischen Ländern muß fähig und qualifiziert sein, politische Herrschaft durch die Anwendung dieser spezifischen Herrschafts*methode* zu reproduzieren. Von ihr wird noch zu sprechen sein.

3. Aufgaben und Anforderungen

3.1. Vergleichsaspekte

Betrachten wir nun auf der Input-Seite nach der personellen Komponente die Seite der *Anforderungen* (issues), die an den Staat gestellt werden. Die qualitative Eigenart dieser Anforderungen kann wiederum an einem kurzen historischen Vergleich demonstriert werden.

Auszugehen wäre von der spezifischen Relation von Staat und Gesellschaft in der *feudalen* Ordnung, die oftmals ungenau, aber auch zumindest in gewissem Umfang zutreffend dahingehend charakterisiert worden ist, daß sich die gesellschaftliche Natur der feudalen Gesellschaft unmittelbar in der politischen Organisation reflektiert und diese als quasi-private Einrichtung aufzufassen sei. Der feudale Staat und die feudale Gesellschaft sind andererseits nicht das persönliche Eigentum des Königs. Die Politik im Feudalismus basiert nicht auf bloßer Gefolgschaft, eher auf einer Hierarchie persönlicher Dienste und Verpflichtungen, über welche die Staatsaufgaben realisiert wurden. Die Bedeutung einer Angelegenheit ergab sich daraus, daß sie in diese Hierarchie einfügbar war, nicht daraus, daß sie allgemeiner Natur war.[56]

In der *kapitalistischen* Ordnung verändert sich dieses Verhältnis. Die entstehende Bourgeoisie verlangte die Trennung des Staates von der Privatheit des Adels. Er sei auf der öffentlichen Meinung zu basieren und solle sich nicht mit besonderen Interessen, sondern mit dem allgemeinen Willen und den allgemeinen Interessen befassen. Diesem Kon-

zept von der Trennung des Staates von der Struktur individueller Interessen des Adels, des Grundeigentums bzw. des Königs entsprach strukturell die Entstehung einer Bürokratie, des Büros als öffentlicher, vom Haushalt des Königs oder Aristokraten getrennten Einrichtung.[57] Der bürgerliche Staat entwickelt auf der Grundlage dieser *Strukturdifferenzierung der gesellschaftlichen Probleme in privat und öffentlich organisierbare* eine Reihe von *Staatsfunktionen* als ausdifferenzierte politische Teilsysteme, die zur Realisierung »öffentlicher Dienste« und – generell zunächst – der Sicherung der allgemeinen Bedingungen der Produktion notwendig sind, die sich dann natürlich im historischen Entwicklungsverlauf umfänglich differenzieren, ergänzen, auflösen usw., was hier nicht nachgezeichnet werden kann. Bürgerliche Staatlichkeit erweitert damit den Kreis der Herrschaftsbeteiligten und formuliert den Anspruch auf Demokratie; die Verselbständigung der politischen Gewalt zu einer überpersönlichen Hoheitssphäre, wie sie sich sinnfällig zeigt in der Verselbständigung der öffentlichen Fiskalität gegenüber jedem Privathaushalt (sei es des Monarchen, sei es regierender Amtsträger) geht einher mit der Regulierung und Domestizierung politischer Herrschaft. Der Verfassungs-, Amts- und Rechtsstaat beruht auf der Idee der *Notwendigkeit und Möglichkeit des Ausgleichs divergierender Interessen.* Sein kunstvolles System der wechselseitigen Begrenzung und Kontrolle [58] war »dazu bestimmt, ein elementares Bedürfnis des Erwerbsbürgertums zu befriedigen: das Verlangen nach Voraussehbarkeit der hoheitlichen Entscheidungen, nach Kalkulierbarkeit der Chancen, auch im Bereich von Verwaltung und Rechtsprechung.«[59]

In den *sozialistischen* Staaten nun scheint auf den ersten Blick keine grundlegende Differenz vorzuliegen: die staatstheoretische Literatur etwa in der DDR konstatiert ebenfalls die Existenz von – gegenwärtig drei wesentlichen – *Staatsfunktionen* (Repressions- bzw. Schutzfunktion nach innen wie außen; kulturell-erzieherische Funktion; wirtschaftlich-organisatorische Funktion). Seit einigen Jahren gibt es eine Diskussion darüber, ob eine gesonderte vierte (sozialpolitische) Funktion auszudifferenzieren wäre.[60] Derartige Staatsfunktionen finden sich auch, wenn man die staatlichen Aktivitäten in bürgerlichen Gesellschaften betrachtet. Eine solche Analogie in der formalen Funktionsdifferenzierung der staatlichen Aktivität kann jedoch über zwei grundlegende Sachverhalte nicht hinwegtäuschen: weder beruht sie auf der Idee der Notwendigkeit und Möglichkeit des Ausgleichs konkurrierender und divergierender Interessen noch sind die sozialistischen Staaten um Aufgaben organisiert, die nach den Dimensionen privat versus öffentlich strukturiert sind.

3.2 Exkurs: Zum Verhältnis von Ökonomie und Politik

Die durch politisch-rechtliche Maßnahmen ingang gesetzte Aufhebung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln, die in der SBZ/DDR unmittelbar nach 1945 einsetzte, wird neuerdings immer stärker zum Anlaß für die Frage genommen, »ob politische Herrschaft immer von wirtschaftlicher Macht abgeleitet ist, ob sie immer aus dieser folgt bzw. aus dieser sich reproduziert oder ob nicht auch umgekehrt die wirtschaftliche Macht aus der politischen Herrschaft folgen kann.«[61] Die Antwort des *politizistischen* Ansatzes auf diese Frage ist klar: in den sozialistischen Ländern ist das ökonomische Verhältnis zwischen den Klassen *nicht* das ursprüngliche, sondern das vom politischen abgeleitete Verhältnis. »Nicht die Gesellschaft beseitigte die Staatsorganisation, sondern umgekehrt, diese Staatsorganisation beseitigte restlos jede Spur autonomer gesellschaftlicher Verbindungen oder Strukturen, die vor der Revolution entwickelt werden konnten. Schließlich kam es dazu, daß diese Gesellschaft nur in Form der staatlichen Organisation zu existieren vermag, daß sie nach dem staatlichen Prinzip organisiert und gestaltet wurde und ohne dieses Prinzip aller anderen Verbindungen beraubt ist. Mit anderen Worten: nicht die bürgerliche Gesellschaft hat den Staat aufgehoben, sondern umgekehrt, der politische Staat hat jede Spur der bürgerlichen Gesellschaft aufgehoben und an ihrer Stelle die politische Staatsgesellschaft oder, genauer, die verstaatlichte Gesellschaft geschaffen, in der jede Trennung in eine private und eine öffentliche Sphäre aufgehoben wurde.«[62] Es bildet »die gesamtstaatliche Organisation auf der Basis der alten Arbeitsteilung« das »grundlegende Produktionsverhältnis«; das »Staatseigentum« konstituiere »ein Produktionsverhältnis sui generis«.[63] Im Staatssozialismus sind »alle Produktionsbeziehungen, die die Menschen eingehen, vom Staat vermittelt und werden von ihm reguliert. Anders ausgedrückt: keinerlei Produktionsbeziehungen können hier ohne Vermittlung der Staatsorganisation zustandekommen«, die Gesellschaft »verfügt über keinerlei Beziehungen, die vom Staat unabhängig wären, autonom im Verhältnis zu diesem.«[64] Umfassender noch formuliert bedeutet dies, daß »der Primat der Politik über die Wirtschaft als eine Voraussetzung der Entwicklung dieser Gesellschaft, als Primat der Ideologie über das materielle System des gesellschaftlichen Lebens aufzufassen ist«, daß die Gesellschaft in den sozialistischen Ländern » ›in letzter Instanz‹ von ihrer ideologischen Basis abhängt.«[65] Dieser *idealistische* Ansatz betont somit, daß es welthistorisch zum ersten Mal zu einer Umkehrung des Basis-Überbau-Verhältnisses gekommen sei: die Rolle des

politischen Überbaus ist erstmals in der Geschichte »gesellschaftlich-konstitutiv«.[66] Mit der sozialrevolutionären Beseitigung des privaten Eigentums an den Produktionsmitteln wird somit zugleich die Determination ideologischer (also auch politischer) Verhältnisse durch die materiellen Verhältnisse, welche die Menschen im Prozeß der Naturaneignung untereinander eingehen, *aufgehoben und in ihr Gegenteil verkehrt.* Dieser Erklärungsansatz kann jedoch eine Reihe von Problemen nicht lösen und wirft neue auf.

1. Die Konsequenz der These von der formationskonstituierenden und -reproduzierenden Rolle der Politik besteht zwingend in der Behauptung, *daß sich die soziale Natur einer solchen Gesellschaftsordnung aus dem Charakter der Politik ergibt.* Wenn aber Politik zum letzten, konstitutiven Faktor erklärt wird, Ideologie und Ökonomie, Kultur und Gesellschaft (bei aller Eigenständigkeit) letztlich von ihr abhängen und ihre Natur durch sie erhalten, *dann ist auf der anderen Seite die Frage nach dem sozialen Inhalt von Politik sinnlos.* Entscheidend wird dann die *Form* der Politik: als »konstitutives Merkmal (gilt) die gleichberechtigte Einbeziehung aller Mitglieder der Gesellschaft in die Entscheidungsprozesse der Planung der gesellschaftlichen Produktion und Reproduktion.«[67] Das wird dann notwendig die für die »spezifische gesellschaftliche Qualität dieser Gesellschaften zentrale Frage. Prinzipiell gibt es zwei alternierende Möglichkeiten: an den erwähnten gesamtgesellschaftlich relevanten Entscheidungen sind alle Betroffenen, alle Mitglieder der Gesellschaft gleich beteiligt . . . oder diese Entscheidungs- und Verfügungsmacht liegt bei einer . . . Gruppe. In letzterem Fall sind die wesentlichen gesellschaftlichen Beziehungen herrschaftsstrukturiert.«[68] Maßstab für den sozialen Charakter von Politik und darüber hinaus der Gesellschaftsordnung insgesamt wird hier allein, ob alle oder wenige, also: *wieviele* einzelne Entscheidungssubjekte auf möglichst zahlreichen Entscheidungsebenen am politischen Willensbildungsprozeß teilnehmen; ob sie dabei auch ihre Interessen durchsetzen, ihre Bedürfnisse befriedigen und ihren politischen Willen realisieren, ist vollständig gleichgültig und kann für die Beurteilung der »spezifischen gesellschaftlichen Qualität« nicht ins Gewicht fallen. Ebenso irrelevant wird die Frage, *wer* am Entscheidungsprozeß teilnimmt – es kommt allein darauf an, ob die Politik demokratisch, d.h. nach dem Mehrheitsprinzip strukturiert ist, *wieviele* Teilnehmer der Entscheidungsprozeß aufweist.

2. Die hier skizzierte Konzeption steht in der Tradition der Frankfurter Schule. Interessant ist nun, daß die Faschismustheorie in der Tradition der Frankfurter Schule zunehmend ebenfalls davon ausgeht, daß

der Faschismus ein Gesellschaftstypus ist, der in wachsendem Maße jenseits des Kapitalismus und seiner Reproduktionsweise steht – und zwar aufgrund der spezifischen Rolle der Politik, die wir im Faschismus vorfinden. Schon vor Jahren charakterisierte G. Schäfer den Faschismus als »System direkter Herrschaft«[69], in dem »politisch gesetzte Direktiven immanent kapitalistische Steuerungsmechanismen überlagern oder ersetzen«, wo der »kapitalistische Staat aufgelöst« ist und der Faschismus dann »auch die kapitalistische Ökonomie auf(löste)«, wo an die Stelle der kapitalistischen Ausbeutung die Konstitution eines »Systems direkter Ausbeutung« [70] getreten sei. Thea formulierte 1978 zu den sozialistischen Gesellschaften, es sei »in der entscheidenden Bedeutung direkter staatlicher Herrschaft eine grundsätzliche Differenz zu kapitalistischen Gesellschaften« [71] zu sehen; in diesen Gesellschaften komme die gesellschaftliche Synthesis »nicht wie im Kapitalismus indirekt, also vermittelt über den Tausch zustande, vielmehr ist sie direkt und damit unmittelbar politischer Natur.«[72]

Damit wird deutlich: die grundlegende Strukturidendität von Faschismus und Sozialismus besteht in der Ablösung der indirekten, kapitalistischen Ausbeutung bzw. Herrschaft durch ein politisches, direktes, gerade im Faschismus terroristisch reguliertes System der Ausbeutung und Herrschaft. Mehr noch: das Verhältnis von Politik und Ökonomie wird in der Weise gefaßt, daß der einsetzende Staatsinterventionismus seit Ende letzten Jahrhunderts, der sich qualitativ von den bisherigen Formen staatlichen Eingriffs unterschied, nun interpretiert wird als Beginn des Übergangs zu einer neuen Phase der Gesellschaftsentwicklung: nicht als »friedliches Hineinwachsen in den Sozialismus«, sondern als allmähliche Entfaltung der »Gesellschaft sui generis«, in der die Ökonomie politischen Direktiven folgt und in der strukturell (Verhältnis Politik und Ökonomie) sowie funktionell (hinsichtlich der Reproduktion von Ausbeutung und minoritärer Herrschaft) etwa zwischen der BRD oder der DDR keine Unterschiede bestehen.[73]

3. Aus der Tatsache, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse im Sozialismus (im Unterschied zu den vorangegangenen Gesellschaftsformationen) *genetisch* durch die *politische* Revolution *konstituiert* werden, kann nicht umstandslos geschlossen werden, daß sie sich in der Folgezeit kontinuierlich nur auf der Basis staatlicher Normsetzung *reproduzieren* können. Erst recht wird dadurch nicht das Basis-Überbau-Verhältnis auf den Kopf gestellt: auch das historisch erstmalige Hervorbringen der neuen gesellschaftlichen Basis durch den politischen Überbau in einer sozialistischen Revolution geschieht unter vorgefundenen, objektiven materiellen Bedingungen. Auch die Produktionsverhältnisse

in den sozialistischen Gesellschaften sind materielle Verhältnisse, also »aus der Naturnotwendigkeit der Produktion selbst hervorgehende Formen, die von Willen, Politik usw. unabhängig sind«.[74] Es sind materielle Zusammenhänge, was nicht dadurch geändert wird, daß sie aus dem gesellschaftlichen Handeln hervorgehen. Sie sind abhängig von der Bewegung und Entwicklung der *Produktivkräfte*.[75]

4. Das Verhältnis von Politik (konkretisiert im gesellschaftlichen Plan) und Produktionsverhältnissen ist hier unter zwei Aspekten zu betrachten: der Plan stellt die entscheidende Wirkungsbedingung des Prozesses der Reproduktion der Produktionsverhältnisse dar und er spiegelt andererseits »aktiv« die verschiedenen Bewegungsformen der Produktionsverhältnisse wider; insbesondere ermöglicht erst die sukzessive Einschränkung der Spontaneität der gesellschaftlichen Reproduktion gesellschaftliche Planung. Zwar löst sich die politische Ökonomie des Sozialismus nicht im Kern in Politik auf [76], doch steht andererseits fest, daß über die staatliche Wirtschaftsleitung Prozesse realisiert werden, die zur *ökonomischen Basis* gehören, ohne daß diese Leitung – da sie weiterhin Beziehungen zwischen sozialen Klassen unter den Bedingungen teilweise tiefgehender sozialer Ungleichheit reproduziert – ihren *politischen* Charakter verliert. Die politischen Verhältnisse, welche die Menschen untereinander eingehen, wirken aktiv auf die materiellen Verhältnisse ein, beeinflussen ihre *konkrete Bewegungsweise* etwa mit den Mitteln der Wirtschafts- oder Sozialpolitik.

Insofern sich in ihnen die Entwicklungserfordernisse der Bewegung der materiellen Verhältnisse zutreffend widerspiegeln, wird die Möglichkeit des Auftretens »unerwarteter, unbeabsichtigter, ungewollter und unerwünschter Resultate« [77] des Handelns verringert. Daß Politik eine solche Wirkung haben kann, setzt die Aufhebung des privaten Produktionsmitteleigentums voraus.

5. Wo Politik zum »Demiurgen« der Gesellschaft wird, ist die Frage nach dem sozialen Charakter der Politik eine nutzlose Frage. Die Vertreter des politizistischen Ansatzes verzichten denn auch auf eine Bestimmung des *sozialen Charakters von Herrschaftsverhältnissen* und bleiben bei der Erfassung des Herrschaftssubjekts notorisch unbestimmt.[78] Ebenso kann die *Triebkraft* gesellschaftlicher Entwicklung nicht in der Dialektik von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen gesehen werden, die sich über das aktive Handeln der sozialen Subjekte realisiert – also außerhalb des politischen Bereichs – sondern nur in diesem selbst: die Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung werden *personalisiert* auf das Interesse ›der Herrschenden‹ an Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft und der damit verknüpften Privilegien.[79]

3.3. Staatsaktivität und Allgemeininteresse

Mit der Aufhebung des privaten Eigentums an Produktionsmitteln verschwindet auch die Grundlage der Trennung zwischen Öffentlichkeit und Privatheit. Die Aufhebung dieser Trennung – oft reflektiert als »Politisierung des Privatlebens« – wird in der traditionellen Totalitarismustheorie, generell aber darüber hinaus im bürgerlichen politischen Denken überhaupt, als Vorgang der Zerstörung von Privatheit überhaupt empfunden: als »Politisierung« und Vernichtung des Privatlebens, Zerstörung der Familie, »Verstaatlichung« der Verbände und gesellschaftlichen Organisationen, im Kern natürlich als Aufhebung der Existenz des privaten und freien Unternehmertums. Mit der Aufhebung dieser Trennung entsteht eine historisch neuartige Konzentration politischer Macht bei den unmittelbaren politischen Entscheidungsträgern, die nun erstmals auch uneingeschränkt über die Produktionsmittel disponieren können und deren Kontrollierbarkeit sich nicht mehr über die domestizierende Kraft der Konkurrenz von Privatinteressen vermittelt, sondern über die erstmalige Möglichkeit der Entstehung und Selbstorganisation eines realen allgemeinen, gesamtgesellschaftlichen Interesses, das die antagonistische kapitalistische Ökonomie nicht hervorbringen kann. Die Konstitution, Ermittlung, Aggregierung und Realisierung eines solchen allgemeinen Interesses kann zunächst nur politisch über den Staat, die politischen Parteien und gesellschaftlichen Organisationen geschehen. *Die Aufhebung der Privatökonomie ermöglicht die Entstehung eines politisch organisierbaren Allgemeininteresses – und darin besteht die qualitativ neue Rolle der Politik im Sozialismus.* Seine Entstehung und Realisierung ist in hohem Maße an ein allgemeines System sozialistischer Demokratie gebunden. Vergesellschaftung ermöglicht, aber garantiert nicht die Konstitution und Realisierung eines realen Allgemeininteresses. Über die Politik werden in den sozialistischen Ländern nunmehr Probleme verarbeitet, deren Rezeption, Transformation und Lösung in der bürgerlichen Gesellschaft der »Privatinitiative« der Privateigentümer überlassen war. Der Staatsapparat wird daher um Aufgaben organisiert, die nicht nach den Dimensionen privat versus öffentlich strukturiert sind und die zugleich qualitativ neue Züge annehmen (z.B. im Zusammenhang mit der frühzeitig einsetzenden Schulreform).

Typisch für die Aufbauphase des Staatsapparats in der DDR war daher (wie auch in den anderen sozialistischen Ländern) die Ausdifferenzierung vor allem von *vier staatlichen Funktionszentren*, die in dieser Weise innerhalb des bürgerlichen Staatsapparats nicht existierten:

1. Bereits in der Frühphase – also im Sommer/Herbst 1945 – bildete sich in der SBZ eine *wirtschaftsplanende und -leitende* Staatsfunktion heraus, die nach der Vereinheitlichung der Regierungs- und Verwaltungsstruktur nach den Wahlen 1946 in allen Ländern bzw. Provinzen der SBZ existierte und sich über mehrere Zwischenschritte hinweg in der »Deutschen Wirtschaftskommission« bzw. mit der Gründung der DDR in einer Reihe von Ministerien zentralstaatlich institutionalisiert.[80]

2. Die Herausbildung eines differenzierten Systems der Erfassung, Lenkung und Qualifizierung der gesellschaftlichen *Arbeitskraft*.[81]

3. Die Entwicklung eines auf die Steuerung der einzelnen Felder der *Reproduktion der Arbeitskraft* abzielenden Systems der Staatsapparate.[82]

4. Die Entstehung ideologie-, *kommunikations- und öffentlichkeitskonstituierender und -organisierender Staatsapparate*, damit Versuch der *allgemeinen* Durchsetzung eines Systems proletarischer Öffentlichkeit.[83]

Öffentlichkeit als gesellschaftliche Verkehrsform war zunächst im 17./18. Jahrhundert eine praktisch-geistige Verkehrsform der Aufklärung, die sich einerseits als Konstitutionsöffentlichkeit des bürgerlichen Interesses gegen den absolutistischen Staat und seine geheime Kabinettspolitik wandte, sich aber andererseits als Verhinderungs- und Scheinöffentlichkeit stets als exklusive Instanz von den Stimmen zu distanzieren wußte, welche in den Straßen, Plätzen und Produktionseinheiten der entstehenden bürgerlichen Gesellschaften ihren Platz hatten. Bereits in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zerfiel diese klassische, elitäre Form der bürgerlichen Öffentlichkeit: Privatkultur und privacy traten an die Stelle der res publica. Auch die Vergesellschaftung der Öffentlichkeit in unserem Jahrhundert hat dieses Grundelement – daß Zielpunkt der öffentlichen Mitteilungen nicht die *produzierende Öffentlichkeit* und die *Öffentlichkeit des Produzenten*, sondern der *private Haushalt* ist – nicht verändert.

Sozialistische Öffentlichkeit geht zunächst von dieser Trennung in kleine, elitäre und große, auf Privatheit gerichtete Öffentlichkeit aus. Ihr Ziel ist: diese Trennung zu überwinden und gesellschaftliche Erfahrung im Prozeß der Herstellung gleicher Arbeits- und Lebensbedingungen sowie Interessen zu vereinheitlichen. Aufzuheben sind die Trennung der Lebenserfahrung in den einzelnen Reproduktionsphasen des Kapitals, die Trennung von Produktion und Politik, Ökonomie und Kultur. Sozialistische *Öffentlichkeit entsteht im Prozeß der Vergesellschaftung der Arbeit*, der als politisches Zentralinteresse öffentlich or-

ganisiert, reportiert und debattiert wird. Der Primärimpuls sozialistischer Öffentlichkeit kann nicht *spontan* aus dem Tauschwert oder der Warenzirkulation kommen. Er muß auf der Basis »parteilicher Wertsetzung« und »gemeinnützig Kommunikation« [84] gesellschaftlich *organisiert* werden. Nicht mehr die Bewegung der Waren, sondern die Praxis der Politik ist ihre Grundlage. Die Veränderung allein schon des medialen Erscheinungsbildes der Öffentlichkeit in der SBZ/DDR vor allem seit 1947 geht also keineswegs nur auf Bedürfnisse der Herrschaftslegitimation zurück: in den Wand- und Betriebszeitungen [85], dem sich zunehmend Raum schaffenden Hang zu massenhaften Demonstrationen, Feiern und Jubiläen, in Betriebsversammlungen und Produktionsberichterstattung zeigt sich der Versuch, bislang privat organisierte, spontane, nicht-öffentliche Erfahrungszusammenhänge aus dem Bereich der Privatökonomie herauszunehmen, was, wie bekannt, nicht ohne Beschädigung des Privaten abging – nicht zuletzt aufgrund des bald einsetzenden Ritualismus und der symbolhaften Aufladung der Politikpräsentation [86], deren mobilisierende Intention unversehens zum Teil zugleich politische Aphatie hervorrief.

Dies kann freilich nicht darüber hinwegtäuschen, daß in dem öffentlichen Teil der *politischen Kultur der DDR* Basiskomponenten der bürgerlichen politischen Kultur beseitigt wurden:

+ die öffentliche Pflege des *Irrationalismus* von Religionen bis zum Hexenglauben, von der Astrologie bis zum Rassismus, propagiert von Handauflegern und Wunderheilern, Sterndeutern und Kirchenvertretern, aber auch den Trägern und Förderern des Faschismus. In der BRD entspricht die Zahl der Handaufleger und Wunderheiler derjenigen der zugelassenen Ärzte, ist jeder zweite Bürger ein Anhänger der Astrologie und glaubt jeder Zehnte an den leibhaftigen Teufel, sind mittlerweile fast eine Viertelmillion Jugendlicher in Jugendsekten organisiert. Die Undurchschaubarkeit, Naturhaftigkeit und damit Unveränderbarkeit gesellschaftlicher Verhältnisse, die Leugnung einer rationalen Gestaltbarkeit von Politik sind untrennbarer Bestandteil eines solchen Bewußtseins. Die politische Ideologie in der DDR geht dagegen durchweg und in starkem Maße vom *Gedanken der rationalen Gestaltbarkeit politischer Verhältnisse* aus;

+ die in erster Linie durch die Unterhaltungsindustrie und den gigantischen privatkapitalistischen Werbeapparat betriebene *verdummende Zurichtung zum Konsumenten,* deren gewaltiges Ausmaß in der Öffentlichkeitspolitik der DDR – verglichen mit der BRD – kein Äquivalent hat;

+ die *Brutalisierung* der Öffentlichkeit, die in den vielfältigsten For-

men auftritt. So führte das Fernsehen der BRD seinen Zuschauern »in einer einzigen Woche 416 Gewaltverbrechen, darunter 103 Morde vor. Kinder in den USA haben bis zu ihrem 14. Lebensjahr Gelegenheit, 19 000 Fernsehtote zu erleben. In 100 Comic-Books wurden 749 schwere, 313 leichte Verbrechen und 87 sadistische Taten gezählt. In einem einzigen werden 3 Menschen erwürgt, 5 erstochen, einer wird durch den Fleischwolf gedreht, einer lebend einbalsamiert, 3 werden zu Tode gefoltert, 6 erschossen, einer wird in die Luft gesprengt."[86a] Daß im DDR-Fernsehen etwa die dümmlichen »Edgar-Wallace-Filme« aus der BRD übernommen wurden, wirkt dagegen geradezu harmlos. Eine vergleichbare Brutalisierung der Öffentlichkeit – die natürlich auch entsprechende politische Verhaltensweisen legitimieren hilft, gibt es in der DDR nicht. Auch der durchaus öffentlich verbreiteten Militär-Propaganda für NVA und Warschauer Pakt fehlt der gewalttätige, vor allem natürlich der faschistische »Unterbau« in der Trivialliteratur, wie sie in der BRD am extremsten die »Landser«-Literatur verkörpert.

Verarbeitung
4.1 Vergleichsaspekte und verbreitete Irrtümer

Bislang wurde skizziert, daß sich die Natur der durch das politische System verarbeiteten Probleme grundsätzlich änderte. Ebenso der Personenkreis, der diese Verarbeitung leistete, damit auch seine Rekrutierung. Noch nichts wurde über die spezifische, genuine *Weise der Problemverarbeitung* gesagt. Es gilt die Frage zu beantworten, auf welche *Art und Weise*, mit welchen *Technologien*, *Mitteln* und *Methoden* sozialistische Systeme im Bereich der Politik Aufgaben (Probleme, Anforderungen) und die daran geknüpften Interessen in ihren verschiedenen Dimensionen *ermitteln, Entscheidungen fällen, Regeln und Normen politischen Verhaltens und Wertorientierungen fixieren* und schließlich durchsetzen, welche *Klassen*natur endlich Merkmale und Charakteristika der einzelnen Verarbeitungsmuster besitzen.[87] Die *feudale* Technologie herrschaftlicher Problemverarbeitung besteht in der Autoritätsausübung des Adels über *persönliche Loyalität.* Der feudale Staat ist keineswegs in erster Linie eine Struktur von Apparaten und Büros, sondern er ist eine Struktur von Personen, denen herrschaftliche Rechte zugeordnet sind. Die Sozialbeziehungen zwischen dem König, den Aristrokaten, deren Abhängigen sind hierarchisch. Sie sind aber keine Beziehungen bedingungslosen Gehorsams noch die einer differenzierten Statusgliederung mit festgelegter Organisationshierarchie. Vielmehr bildete sich im feudalen Staat eine Art »Kontrakthierar-

chie« [88] heraus, die Verpflichtungen über Schutz, Hilfe, finanzielle Leistungen usw. einschloß. Der Feudaladlige hat die »Autorität des Amateurs« (Therborn): ihn befähigt, keine spezielle Kompetenz oder Ausbildung, Gesetze, Gebräuche, Regeln und Gewohnheiten zu interpretieren und zu entscheiden. Bei der Verarbeitung des Inputs im feudalen Staat spielt die Interpretation und Auslegung bestehender Normen und Gebräuche sowie Gesetze eine zentrale Rolle. Dabei sind entsprechend der sozialen Position der betreffenden Personen die Handhabungen der Verarbeitung (Interpretation) verschieden: keine Gleichheit der Bürger vor den Gesetzen oder Gebräuchen und ihrer Interpretation existiert. Bei der Entscheidungsfindung wiegen traditionelle Gebräuche und Gesetze so schwer, daß sich ein spezialisierter Apparat legislativer Art nur rudimentär herausbilden kann.

Die *bürgerliche* Klasse entwickelte zunächst *drei* neue Verarbeitungstechniken, die in unserem Zusammenhang von Bedeutung sind: die *Bürokratie* (Amtsstaat), das *System parlamentarischer Politik* (parlamentarischer Staat) und den *Rechtsstaat.* Die Bürokratie der bürgerlichen Gesellschaft ist zentriert um spezialisiertes Fachwissen, bezogen auf formalisierbare, kalkulierbare und insbesondere unpersönliche Rationalität, frei von der Autoritätsstruktur des Amateurs und der Subjektivität persönlicher Loyalitätsbeziehungen. Das System parlamentarischer Politik, das aus der Aufspaltung der feudalen Einheit von Regierung, Gesetzgebung, Verwaltung und Justiz resultiert, schließt ein neues Repräsentationsprinzip ein: Regierung bzw. Legislative repräsentieren nun die Nation, nicht mehr die hierarchische Ordnung des Königreichs. Der Rechtsstaat mit seinem System wechselseitiger Berechtigung und Verpflichtung zwischen den Hoheitsorganen und den Staatsbürgern rundet das System der »countervailing powers« ab. Auch die Entwicklung neuer Techniken in der Folgezeit – plebiszitäre Politik, Leitungs- und Planungspotentiale, technokratisch-manageriale Techniken, Verwissenschaftlichung der Politik, Ausweitung des öffentlichen Interventionshorizonts – haben trotz wichtiger Funktionsverschiebungen an der Wirksamkeit und Basisfunktion dieser im Konkurrenzkapitalismus entwickelten Techniken nichts geändert.

Bei der Charakterisierung der Verarbeitungstechnik in den *sozialistischen* Ländern werden häufig solche Strukturmomente als typisch angesehen, die Problemrezeption und -verarbeitung vollziehen durch die Herausbildung einer dominanten Partei, welche die zentralen Funktionen auf sich zentriert, die Politik bürokratisch transformieren oder Herrschaft gewaltförmig exekutieren. Spontane Formen der Problemverarbeitung werden als untypisch, gleichzeitig als eigentlich demokra-

tisch angesehen.[89] Andere Darstellungen betonen die Übernahme bürgerlicher Organisationstechnologien und -muster durch die sozialistischen Länder – wobei es nicht nur um die Bürokratie der »neuen Zaren« gehen muß, die vorgeblich die Revolution 1917 überdauert haben soll, oder um die Übernahme der wirtschaftsregulierenden Apparate des faschistischen Imperialismus.[90] Charakteristisch sei der Dualismus von monopolistischer, über die Partei vollzogener Problemverarbeitung und bloßer Vorspiegelung solcher Prozesse durch die Systeme parlamentarischer Politik in diesen Ländern. Beide werden einander gegenübergestellt und es wird der Nachweis zu führen gesucht, daß diese Systeme parlamentarischer Politik – die bekanntlich quantitativ beträchtliche Bevölkerungsteile in den politischen Prozeß einzubeziehen behaupten [91] – keineswegs tatsächlich gesellschaftliche oder ökonomische Probleme rezipieren, Interessen aufgreifen und vermitteln, Entscheidungen treffen und Lösungen durchsetzen, sondern daß sie zur bloßen Inszenierung und Symbolisierung von Problemverarbeitungsprozessen unter dem Schein der Partizipation dienen. Volksvertretungen in den sozialistischen Ländern seien Einrichtungen, welche die Funktion haben, die latente ideologische Krisensituation, die aus der tatsächlich existierenden Realität permanenter Departizipation resultiert, ideologisch aufzufangen und integrativ zu bewältigen.

Das eigentlich Neue an der Art und Weise, wie etwa das politische System der SBZ nach 1945 zu arbeiten begann, wird hier exakt verfehlt. Denn bürokratische und parlamentarische Politik sind beides durch die bürgerliche Gesellschaft hervorgebrachte Politiktypen; und gerade die Spontaneität ist die über die anarchische Produktionsweise des Kapitalismus vermittelte strukturelle Eigenart der Bewegungsform ideologischer Verhältnisse in der bürgerlichen Gesellschaft, welche sich auch der politischen Kultur und Ideologie dieser Ordnung aufprägt.

Dagegen soll hier die These aufgestellt werden, daß das eigentlich Neue der Problemverarbeitung durch die politischen Systeme der SBZ/DDR mit den folgenden drei Stichworten gekennzeichnet werden kann:

1. die *Problemrezeption, -transformation* und *-verarbeitung* geschieht durch das historisch neue, singulär durch die Arbeiterbewegung hervorgebrachte Instrument der *kollektiven Massenorganisation;*

2. *die zentrale Figur* dieser politischen Struktur ist der *Kader* oder *Organisator*;

3. die besondere *Methode* (Technologie, Art und Weise) des politischen Verhaltens, die diese zentrale Figur gekennzeichnet, ist die auf *Massenmobilisierung* abzielende *politische Führung.*

4.2. Kollektive Massenorganisation

Die *originäre* und *einzigartige* Art und Weise der Perzeption, Verarbeitung und Umsetzung gesellschaftlicher Probleme und Anforderungen, welche die Arbeiterbewegung als soziale Bewegung bereits im Kapitalismus hervorgebracht hat, ist die Bildung und der Einsatz *kollektiver Massenorganisationen*: der Arbeiterpartei(en), der Gewerkschaften, eigenständiger kultureller, ideologischer, wissenschaftlicher und ökonomischer Sonderorganisationen. Klassenformierung und -konstituierung bedeutet Klassenorganisierung: »classes are continually organized, disorganized, and reorganized.«[92] Die Organisation der Arbeiterklasse: das ist kein feudales Herrenhaus und kein kapitalistisches Unternehmen. Hier handelt es sich nicht um eine Staatsmaschine, um eine Kirche, um einen konspirativen Verein oder um einen bürgerlichen Club. Die Arbeiterklasse besitzt keine Produktionsmittel, die sie in Gang setzen kann in der Absicht und mit der Möglichkeit, sich die Resultate dieses Vorgangs anzueignen und die ihr im Prozeß des Funktionierens selbst Möglichkeiten der Interessendurchsetzung geben. Die Arbeiterklasse besitzt auch das ideologische Konstrukt der Jenseitigkeit mit seinem Potential an ideologischer Steuerung diesseitigen Verhaltens nicht. Da ihr weder Produktionsmittel noch eine Göttlichkeit (oder die daraus abgeleitete weltliche Macht) verfügbar sind, bringt die Arbeiterklasse als Mittel der Verwirklichung und Durchsetzung ihrer Ziele Organisationen hervor: sie besitzt »keine andere Waffe im Kampf um die Macht als die Organisation«.[93] Der Klassenkampf ist daher »in erster Instanz ein Kampf über die bloße Existenz organisierter Klassen . . ., bevor er ein Kampf zwischen organisierten Klassen ist.«[94]

4.3. Kader

Die zentrale Figur der Organisationen der Arbeiterklasse ist nicht der feudale Herr, nicht der Priester oder Ideologe, nicht der Bürokrat, Unternehmer oder Technokrat – sondern der *Organisator* oder *Kader*. Der Organisator ist kein Amateur, er besitzt eine spezifische Qualifikation und spezifische Fähigkeiten. Die spezifische Fähigkeit, die nur der Organisator besitzt, ist die der Organisation der politisch-ideologischen Mobilisierung der Klasse für ihre gemeinsamen Ziele. Sein spezifisches Wissen bezieht sich auf die Bewegungen und Kämpfe der sozialen Klassen und reflektiert sie theoretisch, etwa im Marxismus und in den Theorien des Sozialismus. Kurz gesagt: er ist »ein Mann mit Bewußtsein und

Büro« (Strittmatter). Die Arbeiterklasse organisiert sich selbst, sie muß »sich . . . selbst anführen« (R. Luxemburg). Sie ist daher prinzipiell anders organisiert als eine Staatsbürokratie oder eine kapitalistische Firma, ungeachtet dessen, daß es verschiedene Arbeiterbewegungen gibt. Weder der Gewerkschafter noch der Berufsrevolutionär vollziehen Markttransaktionen (auch wenn es ihnen um die Bedingungen des Verkaufs der Ware Arbeitskraft geht), noch wenden sie überpersönliche und kalkulierte Regeln auf definierte Vorgänge an. Sie verhalten sich also weder bürokratisch noch marktgerecht. Vielmehr gibt es in der Arbeiterorganisation häufig strukturell die Momente der Regelunsicherheit, der Normenunbestimmtheit und des Wertekonflikts. Es gibt wenige präzise Regeln und Berufsstandards, wie Mitglieder für die Arbeiterorganisationen zu rekrutieren sind, wie Tarifverhandlungen zu führen und politische Kräfteverhältnisse zu verändern sind, was natürlich einschließt, daß in der Geschichte dieser Bewegung sich ein Traditionsfundus an Organisationswissen, an Erfahrungen in den Klassenauseinandersetzungen und auch an bürokratischer Routine herausbildet, der formalisiert Gewicht gewinnt in der Organisation der Gewerkschaft oder Partei. Das schließt ein, daß die Arbeiterbewegung ihre Führer und Ideologen hervorbringt oder an sich bindet, die in einem bestimmten Umfang eine gesellschaftstheoretische Verallgemeinerung leisten. Der Organisator selbst hat jedoch kein universelles und fachdetailliertes Wissen, dem er folgt. Sein Verhalten orientiert sich auch keineswegs an den Prinzipien persönlicher Loyalität gegenüber einem Herren, sondern an den Zielen der Organisation, der er angehört. Auch die unmittelbare Organisationsumwelt, in der er tätig ist, hat ihre Spezifik. Hier geht es nicht um Kontinuität und Effizienz, Regelumsetzung, Formalismus, sondern um Substantialität, Anpassung, Pragmatik, Flexibilität, Entscheidungsorientierung – bei Wahrung der Zielprinzipien, denen die Organisation verpflichtet ist.

4.4. Organisierung

Der Tatbestand der außerordentlich raschen, *kollektiven Selbstorganisation* ist in der Analyse der politischen Systeme der sozialistischen Länder bislang weithin vernachlässigt worden. Zu Umfang, Art und Weise und Funktion dieser Bildung kollektiver Massenorganisationen in der SBZ/DDR nach 1945 einige Bemerkungen.[95]

In der SBZ entwickelte sich die Mitgliederstärke der KPD wie folgt: Mitte Juli 1945: 85000, August 151000; September 179000; Oktober

248 817; November 303 613; Dezember 372 764. In den drei Westzonen: Mitte Juli 1945 40 000, Dezember 130 000. Damit hatte die KPD allein in der SBZ zur Jahreswende 1945/46 mehr Mitglieder als 1933 im gesamten ehemaligen Deutschen Reich. Gegenüber 1932/3 hatte die KPD-Organisation in Berlin fast die doppelte Mitgliederzahl, in Thüringen fast die vierfache, im Land Sachsen die viereinhalbfache, in Brandenburg und in der Provinz Sachsen die fünffache und in Mecklenburg die neunfache.[96] Zum Zeitpunkt der SED-Gründung hatten SPD und KPD 600 000 bzw. 680 000 Mitglieder. 1947 waren in den 5 Ländern der SBZ 12,7 % der erwachsenen Bevölkerung in der SED. In Berlin waren 7 % in der SPD bzw. KPD Mitglied, in den westlichen Besatzungszonen dagegen nur 3,1 %. Mit anderen Worten: der Anteil der in *Parteien* der Arbeiterbewegung organisierten Wohnbevölkerung über 18 Jahren in der SBZ war mehr als viermal so hoch! Jeder 8. Erwachsene war in der SED. Besonders auffällig war der Grad der Organisierung in Parteien in Mecklenburg: dort war 1947 jeder vierte Erwachsene in der SED! In der Folgezeit hat sich dieser Sachverhalt nicht grundsätzlich geändert. Anfang der 80er Jahre zählte die SED knapp 2,2 Mio. Mitglieder, was etwas mehr als 21,9 % der Erwerbstätigen und 12 % der Bevölkerung der DDR umfaßte. Da die Mitgliedschaft in der SED jedoch erst ab 18 Jahren möglich ist, steigt dieser Anteil auf 17 %. Es werden jedoch nur relativ wenige Bürger gleich mit 18 Parteimitglied, in der Regel geschieht der Parteibeitritt im Alter zwischen 25 und 30. So sind zwar fast 1/4 aller SED-Mitglieder unter 30 Jahren, aber ›nur‹ 1/6 der Bevölkerung bis 30 Jahren war in der SED organisiert. In der Altersgruppe 31—40 sind jedoch über 18 %, im Alter von 41—60 über 22 % der Bevölkerung in der SED organisiert. Weiterhin ist noch zu berücksichtigen, daß auch in den kommunistischen Parteien trotz signifikanter Unterschiede zu bürgerlichen oder sozialliberalen Parteien die Frauen noch unterrepräsentiert sind. Da 32,8 % der Mitglieder und Kandidaten der SED Frauen sind, ergibt sich, daß *jeder vierte* männliche Bürger der DDR in der SED organisiert ist; in der Altersgruppe ab 30 Jahren dürfte *jeder dritte* SED-Mitglied sein, wobei dieser Prozentsatz mit dem Urbanisierungsgrad und der Qualifikation weiter steigen dürfte. Hough hat für 1973 ermittelt, daß über die Hälfte der Männer über 30 Jahre in der UdSSR, die eine abgeschlossene Hoch- und Fachschulqualifikation besitzen, Mitglied der KPdSU waren. Seine Schlußfolgerung trifft auch für die SED zu: »when we talk about party membership among men in the Soviet Union, we are talking about a political activity that is extremely widespread in comparison with the typical levels of political acticity in the West.«[97]

Der *gewerkschaftliche* Organisationsgrad entwickelte sich in der SBZ wie folgt:
1945: 1,7 Mio.
1946: 3,1 Mio.
1947: 4,0 Mio.
1949: 4,7 Mio.
1949 waren 78 % der Erwerbstätigen gewerkschaftlich organisiert, in den volkseigenen Betrieben lag der Organisationsgrad bei 90 %. In den gesellschaftlichen Massenorganisationen nicht-gewerkschaftlicher Art entwickelte sich ebenfalls eine rasche Organisierung einzelner sozialer Gruppen, die bis heute anhält.[98]

Dieser Organisationsgrad resultiert zunächst aus der *Einbeziehung bislang politisch/gesellschaftlich unorganisierter* Bevölkerungsgruppen.

a) Die »Vereinigungen der gegenseitigen Bauernhilfe«, die etwa 1947 424 453 Mitglieder aufwiesen, oder zuvor die Bodenreformkommissionen organisierten in einem bislang ungeahnten Ausmaß die *ländliche Bevölkerung*. Hervorzuheben ist auch der vergleichsweise extrem hohe Organisationsgrad der ländlichen Bevölkerung in der »Partei der Arbeiterklasse«: 1947 waren 65 000 Landarbeiter und 104 000 Bauern SED-Mitglieder.

b) Zu nennen sind weiterhin die *Frauen*, die einerseits in den Frauenausschüssen, andererseits in dem 1947 gegründeten DFD organisiert wurden.

c) Zu nennen sind *bislang nicht oder kaum organisierte Gruppen der Arbeiterklasse und der Intelligenz.*

Im Dezember 1945 betrug der Anteil der Arbeiter in der KPD 56,8 %, in Sachsen und der Provinz Sachsen sogar 65 bzw. 64 %. Ein großer Teil dieser Arbeiter war bislang parteilos. Aufschlußreich ist auch die Entwicklung einzelner Industriegewerkschaften: in Thüringen beispielsweise hatten unter den 18 Industriegewerkschaften am 30. 11. 1946 nur drei einen Organisationsgrad unter 80 %: Land (25 %), Angestellte (74 %) und Lehrer (60 %). In Mecklenburg etwa setzten sich 95 % der Ortsgruppen der SED aus Mitgliedern zusammen, die sich erstmals nach 1945 in einer Partei organisierten.

Damit ergibt sich zunächst: der Organisationsgrad der Gruppen, die schon traditionell hoch organisiert waren – insbesondere eben der Arbeiterklasse – nimmt nochmals beträchtlich um das Zwei- bis Vierfache zu. Andere bislang gar nicht oder nur relativ gering organisierte Gruppen wie die Selbständigen (im Frühjahr 1946 waren 25 % der Selbständigen der Provinz Sachsen in SED, CDU und LDPD organisiert), die Frauen und die ländliche Bevölkerung sowie Gruppierungen der Intel-

ligenz werden zunehmend organisiert. Zur *Organisationsaktivität* liegen kaum quantitative Daten vor. Eine Ausnahme stellen die Angaben über die Aktivität der Gewerkschaften in Thüringen vom Januar bis zum November 1946 dar:

Art der Organisationsaktivität	Anzahl	Teilnehmer
Öffentliche Gewerkschaftskundgebungen	462	332 221
Gewerkschaftsversammlungen	1 639	195 747
Betriebsversammlungen	18 138	1 195 197
Betriebsräte-Vollversammlungen	1 599	101 349
Industriegewerkschaftsversammlungen	2 572	244 489
Vertrauensleutesitzungen	3 283	43 456
Kreisvorstandssitzungen	513	5 119

Diese Angaben verweisen auf eine außerordentlich hohe Organisationsaktivität, die in anderen Bereichen vermutlich vergleichbar intensiv war. Diese auch im Vergleich zu den Westzonen in der Frühphase der SBZ/DDR-Geschichte äußerst rasche Organisierung hängt damit zusammen, daß die Bourgeoisie den Kampf um ihre bloße Existenz als *organisierte* Klasse bereits frühzeitig verloren hatte: erstmals in der deutschen Geschichte verfügte sie am 8. 5. 1945 über keinen zentralen Staatsapparat mehr und waren ihre bewaffneten Formationen zerschlagen. Ihre unmittelbare Selbstorganisation in Wirtschafts- und Unternehmerverbänden wurde unterbunden [99], ihr Kaderreservoir im Zuge der Entnazifizierung weitgehend ausgeschaltet, ihr Zugang zum politischen Prozeß entweder eingeschränkt oder unmöglich gemacht.[100] Auf der anderen Seite hatten Gewerkschaften und antifaschistische Parteien in der SBZ bekanntlich bereits äußerst frühzeitig die Möglichkeit der politischen Betätigung erhalten und wurden entsprechend von der sowjetischen Besatzungsmacht unterstützt [101]. Die »normale« Benachteiligung der Kommunisten, die der bürgerlichen Gesellschaft eigen ist, entfiel: »Den Kommunisten werden nicht, wie es in der Weimarer Republik war, keine Säle zur Verfügung stehen, keine Zeitungen und keine Druckereien. Wir werden die Säle und die Druckereien haben, die wir brauchen. Das ist der Unterschied. Wir werden gegenüber den anderen nicht im Nachteil sein, wie das früher der Fall war.«[102] Dasselbe galt für die SPD und die Gewerkschaften, deren organisatorische Entfaltung durch betriebliche Kapitalmacht nicht mehr eingeschränkt werden konnte, da die private Verfügung über Produktionsmittel und die dar-

aus entspringende inner- und außerbetriebliche Macht des Kapitals bereits unmittelbar nach Kriegsende stark begrenzt wurden.[103] Von besonderer Bedeutung war schließlich, daß der Mechanismus der »desorganisierenden Problemverschiebung« sich nicht entwickeln konnte, der ein grundlegendes Strukturmuster bürgerlicher Ideologiepolitik ist: die Verlagerung von Problemen bzw. Sichtweisen von der Produktion zur Verteilung, von der Klasse zur Gruppe oder zur Einzelperson, von der sozialen Umwälzung zur individuellen Karriere, von der Veränderung der Einkommensverhältnisse zur Anhebung des Individualeinkommens, vom Klassen- zum Alltagsbewußtsein. Jede dieser oder ähnlicher Verschiebungen wirkt sich entpolitisierend und damit entorganisierend auf Klassenorganisationen aus, deren Bezugsgröße dieses Basisstrukturen der bürgerlichen Gesellschaft sind. In der unmittelbaren Nachkriegsperiode waren jedoch die subjektiven, programmatisch-politischen und objektiven Möglichkeiten der Arbeiterbewegung, eine *Problempolitisierung* durchzusetzen, günstig – nicht zuletzt aufgrund der *Art und Weise der Organisierung: ihr Zentrum ist die Produktion.* Die »Politisierung« der betrieblichen Verhältnisse existiert in der SBZ/DDR von Anfang an. Das Konzept des privat-politikfreien Betriebes fand, von faktisch randständigen Äußerungen der CDU und insbesondere LDPD abgesehen, keinerlei Widerhall. So stehen im Mittelpunkt des sich rasch entwickelnden, komplexen Gefüges verschiedener Massen- und Spezialorganisationen die Interessenorganisationen der produzierenden Hauptgruppen der Bevölkerung (FDGB/VdgB) und die Verankerung der Organisationen im produzierenden Bereich (gewerkschaftliche Organisationsstruktur im Betrieb [104], Betriebsgruppenprinzip der SED [105], Politisierung der betrieblichen Öffentlichkeit und Willensbildung).[106]

4.5. Verwaltung

»Ohne Revolution kann sich aber der Sozialismus nicht ausführen. Er bedarf dieses politischen Aktes, soweit er der Zerstörung und der Auflösung bedarf. Wo aber seine organisierende Tätigkeit beginnt, wo sein Selbstzweck, seine Seele hervortritt, da schleudert der Sozialismus die politische Hülle weg.«[107] Daß beide Prozesse – Auflösung und Organisierung – ineinanderübergehen und auch die organisierende Tätigkeit der staatlichen Form nicht entbehren kann, haben die verschiedensten Erfahrungen des Übergangs zum Sozialismus in diesem Jahrhundert gezeigt.[108] Organisierung bedeutet nicht nur Bildung kollektiver Massenorganisationen, sondern auch einer neuen Staatsverwaltung mit ei-

genartigen Merkmalen und Funktionen. *Bürokratie* hat in der bürgerlichen Gesellschaft die *Funktion,* politische Herrschaft (die sich über das staatliche Gewaltmonopol durchsetzt) und den Prozeß der Mehrwertproduktion, die Aneignung fremder Arbeit und die Klassenherrschaft miteinander zu vermitteln.[109] Nicht die Ökonomie der Arbeit, sondern die des Kapitals ist die »Seele« (Marx) ihrer organisierenden Tätigkeit. *Die bürgerliche Bürokratie repräsentiert und organisiert die Mehrwertproduktion und die Herrschaft über eine andere, ausgebeutete Klasse. Die kollektive Massenorganisation repräsentiert und organisiert die politische Ökonomie der Arbeiterklasse – die Produktion auf Gebrauchswert – und ihre Selbst-Herrschaft.* Struktur und Funktion von Bürokratie und Massenorganisation sind nicht identisch, wie viele Theorien des bürokratischen Sozialismus behaupten, sondern einander entgegengesetzt. Eine ganze Reihe von Merkmalen dieser »neuen Verwaltung« kommt in den Beschlüssen der Parteikonferenz der KPD vom 2. und 3. März 1946 in Berlin zum Ausdruck, wo es heißt: »Die alte Kluft zwischen demokratischer Parlamentsmehrheit und einer alten, scheinbar neutralen, in Wirklichkeit reaktionären Verwaltungsbürokratie darf nie wieder zugelassen werden. Die ganze deutsche Geschichte lehrt, daß der sogenannte politisch-neutrale Verwaltungsapparat stets ein Werkzeug der Reaktion war . . . Die Demokratisierung der Verwaltung ist ernsthaft durchzuführen. Darum ist es von entscheidender Bedeutung, neue Kräfte aus den antifaschistischen Volksmassen für die Mitarbeit in den Selbstverwaltungsorganen zu gewinnen. Durch die Bildung von Ausschüssen. . . . sind neue Frauen und Männer aus dem Volk zur ehrenamtlichen Arbeit in den Selbstverwaltungsorganen heranzuziehen . . . Die öffentliche Kritik der Massen an der Arbeit der Selbstverwaltungsorgane ist ein wichtiges Mittel, um Korruptionserscheinungen zu unterbinden und die Sauberkeit der Verwaltungsorgane zu sichern . . . Die Mitbestimmung der Gewerkschaft in allen Organen der Wirtschaftsabteilung der Selbstverwaltungsorgane ist durch Gesetz festzulegen.«[110] Zwei zentrale Gesichtspunkte liegen dem hier skizzierten Leitbild der neuen Verwaltung zugrunde:

a) um funktionieren zu können, sind diese Organisationen *nicht* auf die *Verhüllung ihres Klassencharakters* angewiesen. Im Modell der *parteilichen* Verwaltung bedeutet die Aufhebung des Neutralitätsprinzips die *offene Politisierung* der Verwaltungen durch *Parteienpräsenz* und *Parteikontrolle* [111], *Kaderpolitik* [112], Kontrolle durch die *Volksvertretungen* und ideologische Steuerung.[113]

b) Eine soziale Verselbständigung der Verwaltungen soll verhindert werden durch die *Aufhebung des Berufsbeamtentums* [114], die *Beseiti-*

gung des Beamtenrechts und *lebenslanger Berufstätigkeit* [115], *Kaderrotation, Beseitigung des Laufbahnprinzips* [116], *Abberufbarkeit* [117], *ökonomische Deprivilegierung* [118], *Verringerung der Eingangsvoraussetzungen* [119] und Einbindung in die *einheitsgewerkschaftliche Interessenvertretung.* [120] Die Verwaltungen können sich den akkumulierten Teil des Mehrprodukts nicht aneignen; Organisationspositionen werden nicht »vererbt«. Die Stellung der Verwaltungen beruht auf sehr unterschiedlichen Kriterien, so daß sie – wenn überhaupt – dann »eher eine Koalition als eine Klasse zu bilden scheinen« [121], der es an Homogenität der gesellschaftlichen Praxis und an einer einheitlichen und gesellschaftlich dominierenden Klassenideologie fehlt.[122]

4.6. Politische Führung

Die politische Geschichte der sozialistischen Länder ist zugleich die Geschichte des Kampfes um die spezifische politische Methode, welche die Arbeiterbewegung hervorgebracht hat: *die Methode der politischen Führung.* Politische Führung und ihr Zielkorrelat – die *Massenmobilisierung* – sind die Mittel, mit denen Probleme verarbeitet und einmal getroffene Problemlösungen gesellschaftspolitisch und ideologisch durchgesetzt werden.

Der Begriff der politischen Führung ist »einer der wichtigsten Begriffe der politischen Wissenschaft und der Soziologie«.[123] Auch innerhalb der marxistischen Parteitheorie spielt er eine zentrale Rolle – schließlich ist seit Jahrzehnten von der »führenden Rolle der Arbeiterklasse und ihrer Partei « die Rede. Doch in der marxistischen Literatur herrschen *Deskriptionen* der demokratisch-zentralistischen Organisationspraxis vor und eine *theoretische* Diskussion findet nicht statt. In der nichtmarxistischen Literatur wird der Begriff der politischen Führung – wird er überhaupt ernst genommen [124] – *reduktionistisch* behandelt: als Etikette oder bloße Mimikry. Gemeint sei etwas ganz anderes: »Befehl und Gehorsam« [125] oder gar terroristische, gewaltförmige Herrschaftsmethoden als spezifische Herrschaftsmethode in den sozialistischen Ländern.

Richtig ist: der Bürokrat und der Landherr, der Manager, Unternehmer oder Militär: sie geben Anordnungen und Befehle. Ihre Anweisungen sind an eine umfangreiche Sanktionsskala koppelungsfähig, die sich aus real existierenden sozialökonomischen Unterschieden (oder Antagonismen) ergibt. *Der Kader oder Organisator befiehlt nicht und gibt keine Anweisungen. Er führt und mobilisiert.* Das Handlungsmuster der Führung ist nicht im gleichen Maße an Sanktionen anzubinden wie

die Anweisung und der Befehl. Führung »beruht auf Konsens«.[126] Der Führende ist *»Exponent, nicht Dirigent«*.[127] Führung äußert sich »zwar in einer Über- und Unterordnung, aber diese Über- und Unterordnung beruht nicht auf der Tatsache oder der Vorstellung einer Ungleichheit«.[128] Die Fähigkeit zur symbolischen oder realen *Repräsentation* mit den Mitteln der Führung setzt statt Ungleichheit Gemeinsamkeit, Konsens voraus: in der Ideologie, Organisationspraxis, der sozialen Herkunft, Klassenzugehörigkeit. Führung ist eine *klassenpolitische* Kategorie. Ihre Bezugsgröße ist die Gleichheit der Klasse und die Ungleichheit innerhalb der Klasse, die sie reflektiert, reproduziert und zugleich aufzuheben beansprucht.

Sicherlich »führen« auch bürgerliche Parlamentspolitiker und plebiszitäre Führer nicht durch formelles Aussprechen von Befehlen und insofern scheint es, als ob das Handlungsmuster der »Führung« nicht auf die Arbeiterbewegung beschränkt werden kann. Doch dabei muß berücksichtigt werden, daß sich Handlungsmuster von ihrer sozialen Gruppe loslösen und gesellschaftlich verallgemeinern können. Dies gilt gerade für die schon oftmals vermerkte Imitation von Handlungsmustern, Organisationspraktiken oder Symbolen der Arbeiterbewegung durch faschistische Massenbewegungen, die eindeutig mit der Intention ihrer Urheber zusammenhängt, eine »nationale« sozialistische Arbeiterbewegung zu schaffen.[129] Festzuhalten ist, daß gerade die Imitationspraxis des Faschismus die Differenz zwischen unterschiedlichen Organisationen der Arbeiterbewegung und den faschistischen Organisationen nicht hat verwischen können. Ungeachtet dessen, daß der ideologische Konsens im Faschismus eine außerordentliche Rolle für die Aphatisierung und Mobilisierung der Massen spielt, ist für die faschistische Praxis der »Führung«, für die Beziehung zwischen Führer und Massen eben gerade typisch, daß im Kern dieser Beziehungen die Möglichkeit des unbeschränktes Einsatzes unbegrenzter Sanktionen steht; daß die ideologische Struktur selbst, die diese Führung begleitet, ein autoritär-hierarchisches Weltbild einschließt; daß die Erhebung des »Befehls des Führers« zum obersten Verhaltensprinzip gerade zeigt, *daß dieser Typus bürgerlicher Politik das Befehlsförmige am Reinsten ausgeprägt und am meisten totalisiert hat.*

Faschistische Massenbewegungen und ihre führerzentrierten Organisationen sind insofern geradezu die offensichtlichste Form des traditionellen Typs bürgerlicher politischer Problemtransformation und *insofern der ausgeprägteste Gegentypus zur Selbstorganisation der Arbeiterklasse. Bürgerliche »Führung« beruht auf der Herrschaft einer Klasse über eine andere Klasse*; sie exekutiert als »Dirigent« (Geiger) Klassen-

herrschaft, *statt Selbst-Herrschaft zu repräsentieren und zu organisieren.* Die zentrale Figur der faschistischen Massenorganisation ist nicht der kollektive Organisator oder der Kader, sondern der Führer. Überspitzt gesagt: er ist die einzige, nicht nur die zentrale Figur, die zählt. Dies gilt auch für die Führer anderer bürgerlicher Massenparteien: sie organisieren ihre Mitglieder und Politik bürokratisch, nicht über das Mobilisierungsinstrument des kollektiven Organisators und Kaders.

Bürgerliche »Führungsverhältnisse« sind daher doppelt gebrochen: ihre *Funktion* (ihr Inhalt) ist Repräsentation und Transmission von Klassenherrschaft auf die Arbeiterklasse; ihre *Struktur* ist dadurch gekennzeichnet, daß Führer und Geführte unterschiedlichen Klassen angehören bzw. unterschiedliche Klassen repräsentieren, wobei die Klassen*position* und der Klassen*charakter* der Repräsentanten von Klassenherrschaft durchaus auseinanderfallen können: die politischen Repräsentanten des Faschismus etwa waren ihrer sozialen Herkunft (Position) weitgehend Angehörige der Mittelschichten, ihrem Klassencharakter (Funktion, Inhalt) nach jedoch waren sie Vertreter monopolkapitalistischer Herrschaft. Ebenso können auf der anderen Seite in den sozialistischen Ländern die Leitungs- und Führungsfunktionäre sozialstrukturanalytisch ihrer objektiven Klassenposition nach als Angehörige der sozialen Schicht der Intelligenz charakterisiert werden (auch wenn sie die entsprechenden Schichtmerkmale nur schwach ausprägen) [130], während sie unter dem Aspekt der funktionalen Position, welche diese Personengruppe innerhalb des Konstitutionsprozesses der Klasse zur Klasse für sich spielt, als Repräsentant und Bestandteil dieser »Klasse für sich« angesehen werden kann.[131]

Wenn bürgerliche politische »Führung« funktional und strukturell einen *Typ politischer Interaktion* darstellt, *deren Teilnehmer einander letztlich antagonistisch gegenüberstehenden sozialen Klassen angehören*, dann folgt daraus, daß Führer und Geführte über *unterschiedliche Sanktionsmittel* verfügen, daß dieses Verhältnis *labil* ist – da es darauf angelegt ist, den Widerspruch, auf dem es gründet zu überspielen – und daß endlich eine *Vergesellschaftung von Führungsfunktionen nur begrenzt* möglich ist, um das soziale Monopol auf politische »Führung« nicht zu gefährden. Der *Organisator* (oder – in den kommunistischen Parteien und in den sozialistischen Ländern – der Kader) dagegen ist ein Sozialtypus, der im Staatsapparat, erst recht in den Arbeiterparteien und Gewerkschaften dominiert. Er ist eine *allgemeine* Erscheinung kollektiver Massenorganisationen. Er verfügt über *keine sozial exklusiven, klassenspezifischen Sanktionsmittel,* die er zur Durchsetzung seines Willens bei den Geführten einsetzen kann (was nicht heißt, daß er kei-

nerlei Sanktionsgewalt besitzt, doch die Ausübung von Zwang ist keine allgemeine, zumal durch Dissens bedingte Komponente politischer Führung. Die Labilität politischer Führung resultiert nicht daraus, daß sie wie die bürgerliche politische »Führung« auf der Basis eines Antagonismus verwirklicht, sondern daß sie verfehlt wird: wenn sozial exklusive Sanktionsmittel sich ausbilden, die Vergesellschaftung von Führungsfunktionen eingeschränkt wird, »Administration« an die Stelle politischer Führung tritt, die Auftragsgewalt sich in Eigengewalt, die »Exponenten« in »Dirigenten« zu verwandeln drohen, sich Konsens in Dissens verwandelt. Solange aber soziale Ungleichheit von Bedeutung noch existiert, ist eine solche Entwicklung möglich – die Produktionsverhältnisse in den sozialistischen Ländern schließen die Entwicklung sehr unterschiedlicher politischer Herrschaftsmethoden nicht aus.[132]

4.7. Mobilisierung I

Zu differenzieren ist auch die Art und Weise, in der die Transformation des »Inputs« in den sozialistischen Staaten geschieht. In *feudalen* Gesellschaften spielte die Auslegung und *Interpretation* bestehender Gesetze und Gebräuche und entsprechender normativer Festlegungen eine zentrale Rolle. In der *bürgerlichen* Gesellschaft hingegen steht im Mittelpunkt die *Verfassung*, in der die Regeln durch Gesetzgebung fixiert sind, und ihre Anwendung »ohne Ansehen der Person«.[133] Die Hauptform der Verarbeitung in den *sozialistischen* Staaten dagegen ist die über *Massenorganisationen* vermittelte *Involvierung und Mobilisierung der betroffenen Gruppen vermittels politischer Führung*. Die Form der Verarbeitung sind dann Kampagnen, Wettbewerbe usw. Eine derartige Rolle der Organisierung und Mobilisierung ist für die sozialistischen Systeme insgesamt aus strukturellen – und nicht bloß historischen, wie die Totalitarismus- und die Modernisierungstheorien mutmaßen [134] – Gründen *essentiell*. Denn hier entfällt der stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse, der gleichsam hinter dem Rücken der Produzenten die soziale Reproduktion steuert, ideologischen Konsens und gesellschaftliche Integration herstellt. Diejenigen gesellschaftlichen Teilsysteme, welche diese Länder ähnlich auch wie die kapitalistischen Gesellschaften ausdifferenzieren (Bildung und Ausbildung als Sozialsationsagenten und Instanzen der Ideologievermittlung, Medien usw.), haben als Voraussetzung ihrer Wirksamkeit für die Sicherung ideologischer und politischer Herrschaft nicht (wie im Kapitalismus) den – wenn auch gestörten – Mechanismus spontaner Reproduktion über die ökonomischen Verhältnisse; ihre Notwendigkeit ergibt sich vielmehr gerade aus

dem Fehlen eines solchen Mechnismus und der Notwendigkeit, ihn durch bewußte (Selbst-)Organisation zu »ersetzen«. Auch hier findet sich also eine weitere Ursache für die »Politisierung« von Verhältnissen, in diesem Fall der ideologischen Verhältnisse, die nicht spontan, sondern politisiert in organisierter Form reproduziert werden. Ihre Funktion für das Sozialverhalten kann durch spontane Effekte der ökonomischen Verhältnisse weder substituiert noch fundiert werden.

5. Resultate der Politik

5.1. Mobilisierung II

Die Weise der Problemverarbeitung und der Transformation des gesellschaftlichen Inputs kann also nicht – wie dies in der Literatur üblich ist – auf die Dimension des unmittelbaren politischen Entscheidungsprozesses verkürzt werden. Die Frage nach den rück- und folgewirkenden Ergebnissen solcher Transformationsprozesse soll abschließend kurz erörtert werden.[135]

Ein Blick auf die *Innenpolitik* des *feudalen* Staates zeigt, daß er bei ihrer Gestaltung mit *juristischen* Regelsetzungen operierte, die einzelnen Gruppen ökonomische, politisch-ideologische oder aber auch etwa moralische Möglichkeiten und Werte zuteilten. Diese Regulierung diente der Verteilung ungleicher Rechte und Möglichkeiten und normierte die soziale Hierarchie. Der *kapitalistische* Staat dagegen ersetzte zahlreiche dieser juristischen Regelungen durch *ökonomische* Verteilungsmechanismen. Seine Aktivität bleibt begrenzt auf die Sicherung der allgemeinen Reproduktions- und Produktionsbedingungen insbesondere durch die Garantie eines einheitlich-universalen legalen Rahmens für die Entwicklung des Privateigentums und die Entfaltung der Produktivkräfte. Methoden administrativer Steuerung und Regulierung sowie ökonomischer Intervention entwickeln sich (neben anderen Aktivitätsformen) erst in einer späteren Entwicklungsphase.

Die Innenpolitik der *sozialistischen* Staaten enthält ebenfalls eine spezifische Interventionsmethode: neben administrativen und juristischen Formen steht die spezifische Technik der nicht-militärischen, politisch-ideologischen *Massenmobilisierung*, vermittelt über die verschiedenen politischen und gesellschaftlichen Organisationen und die staatlichen Ideologieapparate. Weder der Staat des klassischen Kapitalismus noch der des Kapitalismus der Gegenwart betreibt eine vergleichbare umfassende, offene, politisch zielgerichtete Aktivierung der Massen, in

denen die Staatsadministration selbst mit als kollektiver Organisator in Erscheinung tritt.[136] Diese Technik wird nicht nur in Krisensituationen angewandt oder in ritualistischer Manier zur Befestigung des ideologischen Konsens.[137] Dieser Modus der Politikdurchsetzung hat seine objektive Grundlage in den spezifischen Produktionsverhältnissen: da in den sozialistischen Ländern ein Arbeitsmarkt kapitalistischer Provenienz fehlt, andererseits aufgrund der materiellen, stofflichen und sozialen Voraussetzungen die Arbeit noch kein »erstes Lebensbedürfnis« ist sondern noch Mühe und Last in sich schließt, bedarf es eines umfangreichen Systems nichtökonomischer Arbeitsanreize, um Motivierung und Disziplinierung zur Arbeit zu erreichen. Zur Durchführung einer Arbeit, die noch wesentlich Zwang und Mühe ist und entsprechendes Arbeitsverhalten auslöst, bedarf es der (Selbst-)Disziplinierung der Produzenten. Im Kapitalismus wird ihnen diese von außen auferlegt: über die Kontrolle der Veräußerung der Arbeitskraft durch Sanktionspraktiken des Kapitalisten, die aus dem Privateigentum an den Produktionsmitteln entspringen (»Despotie der Fabrik«) und über die Konkurrenz der Arbeiter untereinander, die der kapitalistischen Natur des Arbeitsmarktes und der ständigen Bedrohung durch eine industrielle Reservearmee entspringt und Disziplin bewirkt. In den sozialistischen Gesellschaften entfallen diese Triebkräfte und Grundlagen von Disziplinierung und Motivierung. Sie wurden vor allem in den frühen Entwicklungsphasen dieser Gesellschaften durch die »Verhoheitlichung des Arbeitsverhältnisses« (W.Hofmann), also durch direkten politischen Zwang substituiert, vor allem aber werden sie ersetzt durch verschiedene Mobilisierungspraktiken. Der »sozialistische Wettbewerb« ist dabei die spezifische Form der Produktionsmobilisierung-, motivierung und -disziplinierung. Die außerökonomische Steuerung des Arbeitsverhaltens bildet die allgemeine, aus der Eigenart der Produktionsverhältnisse (die zwar Leitungsverhältnisse, aber nicht ihre kapitalistische despotische Form, die zwar Arbeitslohn, aber nicht kapitalistischen Arbeitsmarkt einschließen[138] entspringende Grundlage und notwendige Voraussetzung für eine auf Massenmobilisierung und –aktivierung abzielende Politikpraxis.

5.2. Staatspersonal und Bevölkerung

Erfolge einer Praxis der Massenmobilisierung und -organisierung hängen davon ab, ob es gelingt, das Verhältnis von Staatspersonal und Bevölkerung neu zu gestalten und die für die bürgerliche Gesellschaft charakteristische Trennung dieses Staatspersonals bzw. seiner Spitzen von

der übrigen Bevölkerung aufzuheben. Balla hat zunächst darauf hingewiesen, inwieweit das Konzept des Kaders diese Aufhebung leistet [139]: es schließt im gesellschaftlichen wie staatlichen Bereich tätige, professionelle und nichtprofessionalisierte Tätigkeiten und Personen ein. Verwalter oder Manager, Organisatoren oder Intellektuelle können Kader sein. *Das Kaderkonzept transzendiert die Trennung von Staat und Gesellschaft.* Die Aufhebung einer auf dem Privateigentum an den Produktionsmitteln beruhenden Privatsphäre und die Mobilisierungspolitik verwischen die Grenzen zwischen dem staatlichen und dem nichtstaatlichen Personal, wie auch die Unbestimmtheit des Kaderbegriffs zeigt. Zahlreiche Funktionen in der politischen Sphäre sind bewußt als *Absage an Professionalismus und administrative Karrieren* konzipiert: dies betrifft etwa die *gesellschaftliche Rückbindung* der Volksvertreter, Richter usw. durch Wahl oder teilweise auch imperatives Mandat, wobei politische Kriterien dominieren.[140] Weitere Momente, die auf einen von der bürgerlichen Gesellschaft verschiedenen Typus des Verhältnisses von Staatspersonal und Bevölkerung verweisen sind etwa: die institutionalisierte *Praxis der öffentlichen Kritik* [141], die häufig von staatlich-gesellschaftlichen Organen realisierten Formen der »*Volkskontrolle*«, die nicht selten auch direkt von der kommunistischen Partei getragen werden, die *Reduktion der materiellen Privilegien der Staatsfunktionäre* auf den Versorgungsbereich bei vergleichsweise niedrigen Einkommen und schließlich die verschiedenen Formen der Involvierung der staatlichen Organe in die Produktionspraxis und deren soziales Milieu.

Zweifellos gibt es andererseits Momente in der Politikpraxis der Staatsapparate der sozialistischen Länder, die einer Aufhebung dieser Trennung von Staatspersonal und Bevölkerung entgegenstehen: die *Professionalisierung* der Politik auf der Grundlage der Trennung von Hand- und Kopfarbeit [142], der zeitliche, materielle und soziale *Arbeitsbedingungen* gegenüberstehen, von denen teilweise sogar zunehmend entpolitisierende und departizipierende Wirkungen ausgehen.[143] Ökonomisch sind weiterhin materielle *Privilegien* sozialdifferenzierend wirksam und ideologisch von Bedeutung. Eine öffentliche Kritik der Arbeit und politischen *Linien* bei der Arbeit einzelner Apparate ist in der DDR offenbar weniger entwickelt als etwa in der UdSSR.[144] Der Grundrechtsschutz ist noch nicht sehr entwickelt.[145] *Kontrollmöglichkeiten* in verschiedenen Bereichen – z.B. im Sektor des Arbeits- und Gesundheitsschutzes – gegenüber den staatlichen Instanzen sind in der DDR geringer entwickelt als in der UdSSR.[146] Derartige *zentralistische* Komponenten existieren noch im inner- und überbetrieblichen Be-

reich [147] ebenso wie im Bereich der staatlich organisierten Entscheidungsprozesse.[148] Der starke, vielfältig ausdifferenzierte und häufig irrationale *Ritualismus* in der Politik und Öffentlichkeit [149] und die anonymisierende, verbreitete Praxis der *Geheimhaltung* sind ebenfalls wesentliche Sachverhalte, die einer Aufhebung der Trennung von Staatspersonal und Bevölkerung entgegenwirken und vermittels derer sich die Konstitution und Reproduktion sozialer Sonderinteressen realisieren. Ihre disziplinierenden Effekte können freilich nicht, wie dies in eher feuilletonistischer Manier desweilen geschieht, als Ergebnisse »feudalbürokratischer« Herrschaft charakterisiert werden. Im Feudalstaat ruft die Herrschaftspraxis eine Beziehung der »Ehrerbietung«, hervor, die auf der Anerkennung der persönlichen Bedeutung und Legitimität erblicher Herrschaft beruht und durch umfangreiche Rituale realisiert wird. Im Kapitalismus dagegen verwirklicht sich die Autorität der Bürokratie und des kapitalistischen Eigentums durch eine Anordnungs- und Disziplinarstruktur, die den Kult der Disziplin einschließt.[150]

Nun spielt sicherlich auch in der Arbeiterbewegung die Disziplin eine sehr große Rolle. »However, unlike feudal or capitalist rulers, the proletariat does not organize a different class, but rather itself.«[151] Die erfolgreiche Organisation der Arbeiterklasse beruht auf Solidarität und »Commitment« (Therbörn) an die Ziele der Organisation, nicht auf formalen Anweisungen und Befehlshierarchien. Innerhalb der politischen Kultur der sozialistischen Gesellschaften spielen die Momente der Solidarität und vorbehaltlosen Orientierung an den Organisationszielen als gesamtgesellschaftliche Phänomene, die in der öffentlichen Meinung propagiert, aber auch in den alltäglichen Weise des Sozialverhaltens spürbar sind, eine wesentlich größere Rolle als in der kapitalistischen Gesellschaft. Solidarität ist ein Wert, der die Trennung von Staatsbelegschaft oder politischer Führung und Bevölkerung beseitigen, aber auch verhüllen kann. In welcher Weise er fungiert, hängt mit der spezifischen Dynamik sozialen Handelns zusammen, die für diese Gesellschaften typisch ist. Die Grundstruktur des politischen Systems dieser Länder ist nicht die Beziehung zwischen »Stars« und »Fans« (Therbörn), wie sie sich in bürgerlichen politischen Ordnungen in der Verkaufsästhetik der Wahlwerbungen am deutlichsten auf den Begriff bringt, sondern die zwischen Organisatoren und Organisierten, Avantgarde und Massen, Kader und Bevölkerung. Der diesem Verhältnis eigene Widerspruch – dessen Bewegung eine einheitliche Grundlage in den Produktionsverhältnissen dieser Gesellschaften hat – bildet eine ganz entscheidende Triebkraft der Dynamik des politischen Systems dieser Länder. Jede

Stillegung oder Vereinseitigung dieses dialektischen Verhältnisses, wie sie etwa durch eine Verschlechterung der außenpolitischen Situation hervorgerufen werden kann, wird daher die »kalkulierte Emanzipation« (Thomas) durch der Politik in der DDR grundlegend erschweren.

Anmerkungen

1 Vgl. O.Cless: Sozialismusforschung in der BRD. Das herrschende DDR-Bild und seine Dogmen, Köln 1978; R.Rilling: Zur Geschichte der Sozialismusanalyse in der intellektuellen Linken der BRD seit Mitte der 60er Jahre, in: P.Brokmeier/R.Rilling (Hg.): Beiträge zur Sozialismusanalyse I, Köln 1978 bes. S.38ff.

2 Die folgende Dastellung beansprucht weder, sämtliche Aspekte des politischen Systems zu thematisieren, noch glaubt sie, der Vielzahl von Studien etwas Neues hinzufügen zu können und zu müssen, die in der Ausübung von Gewalt das wesentliche und vorrangig untersuchungswerte Merkmal des politischen Systems der sozialitischen Länder erblicken, vgl. dazu etwa D. Senghaas: Sozialismus, in: Leviathan 1/1980 S. 10ff.

3 Vgl. E. Heilhecker: Veränderungen in Profil und Struktur der Arbeiterklasse der Deutschen Demokratischen Republik beim Übergang zur entwickelten sozialistischen Gesellschaft, Diss.Leipzig 1974 S.47 Tab.13.; Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte (JfW) I/1974 S.151ff.; Die Wirtschaft 6/1980 S.13.

4 Staat und Recht (StuR) 7/1975 S.1085. Nach BiB (Hg.): Materialien zum Bericht zur Lage der Nation 1971, Bonn 1971 S.247 waren 1964 1,51 % der Erwerbspersonen (120700) Angestellte der staatlichen Verwaltung. Insgesamt betrug der Anteil der staatlichen Verwaltungen und gesellschaftlichen Organisationen am gesamtgesellschaftlichen Arbeitsvermögen 1967 3,1 % und nahm bis 1970 um 0,1 % zu, vgl. JfW 1/974 S.165f.

5 Materialien 1971, S.240. 2,75 % der Erwerbspersonen waren 1964 in der BRD »Unternehmer Organisator« und »Verwaltungsbediensteter (höherer und gehobener Dienst)«, wogegen in der DDR 1,51 % der Beschäftigten »Angestellte der staatlichen Verwaltung« waren (ebd., S.247). In der UdSSR nahm nach H. Haumann: Geschichte und Gesellschaftssystem der Sowjetunion. Eine Einführung, Köln 1977 S.94 die Zahl des hauptamtlichen Verwaltungspersonals in staatlichen und wirtschaftlichen Behörden von 5,4 % (1940) auf 2,2 % (1974) aller in der Volkswirtschaft beschäftigten Personen ab. Der hauptamtliche Parteiapparat wurde von 1957 bis 1971 um 20 % abgebaut. Nach: UdSSR in Zahlen für 1974, Moskau 1975 S.47 wurden 1965 von insgesamt 101,6 Mrd.Rubeln 1,3 Mrd. für Verwaltung ausgegeben, 1974 von 198,5 nur 1,9 Mrd. Die öffentlichen Haushalte der BRD verwandten 1974 für »Politische Führung und zentrale Verwaltung« 19,05 Mrd.DM (6 %), die DDR für den Bereich »Staatsapparat und Wirtschaftsverwaltung« 3,3 Mrd. Mark (3,6 % ihrer öffentlichen Ausgaben), vgl. K.C. Thalheim: Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Berlin 1978 S.136.

6 M.M.Czudnowski: Political Recruitment, in: F.I. Greenstein, N.W.Polsby: Handbook of Political Science, Bd. 2 Micropolitical Theory, Reading Mass. 1975 S.155.

7 Hierzu vgl. A.J. Gurjewitsch: Das Weltbild des mittelalterlichen Menschen, Dresden 1978 bes.S.188ff. sowie zur Gesamtanlage die beeindruckende Studie von G.Therborn: What Does the Ruling Class Do when it Rules? London 1978.

8 Czudnowski, Recruitment, S.181f. In England gehörten 1967 67 % der Väter des Verwaltungspersonals bzw. des civil service Berufen des höheren und mittleren Verwaltungs- und Leitungspersonals an, vgl. S.Clegg, D.Dunkerley: Organization, class and control, London 1980 S.427; zur BRD vgl. K.v.Beyme: Die politische Elite in der Bundesrepublik Deutschland, München 1971 S.40ff.

9 Vgl. S.Schulze: Die Bildung der Landes- und Provinzialverwaltungen, ihre Tätigkeit zur Herausbildung der antifaschistisch-demokratischen Staatlichkeit (am Beispiel der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg 1945 bis Frühjahr 1946), in: Autorenkollektiv: Revolutionärer Prozeß und Staatsentstehung, Berlin 1976 S.77.

10 K.Urban: Frühe Vorentscheidung in der Frage der Macht, in: StuR 5/1980 S.401f.

11 Errechnet nach: R.Stöckigt: Der Kampf der KPD um die demokratische Bodenreform, Mai 1945 bis April 1946, Berlin 1964 S.278.

12 Vgl. J.Kornow: Zur führenden Rolle der Arbeiterklasse bei der Entwicklung der Organe der Volksmacht in Mecklenburg 1945/46, in: Wissenschaftliche Zeitschrift (WZ) der Univ. Greifswald Sonderheft 1976 S.261.

13 Ebd. sowie ders.: Zur Entwicklung der staatlichen Organe und ihrer Sozialstruktur in Mecklenburg nach der Befreiung vom Faschismus, in: StuR 5/1980 S.412 mit leicht differierenden Angaben zur sozialen Position.

14 Vgl. Autorenkollektiv: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Berlin 1968 S.66; K.H.Schöneburg u.a.: Vom Werden unseres Staates, Bd. 1, 1945—1949, Berlin 1966 S.326.

15 Demokratischer Aufbau 7/1947 S.195.

16 Vgl. Kornow, Arbeiterklasse, S.262.

17 Vgl. K.H.Schöneburg: Staat und Recht in der Geschichte der DDR, Berlin 1973 S.112; ders., Werden unseres Staates, S.330. Angaben zum Thüringer Landtag, wonach von 100 Abgeordneten 47 beruflich als Staats- oder Parteifunktionäre tätig waren, dagegen 7 als Arbeiter und 9 als Bauern, können nicht verallgemeinert werden.

18 Vgl. die Tabelle bei Schöneburg u.a., Werden unseres Staates, S.332:

Die soziale Herkunft der Mitarbeiter des Staatsapparates in den Ländern der Sowjetischen Besatzungszone im Jahre 1948 in %:

Land	Arbeiter	Bauern	Angest.	Beamte	Sonst.
Brandenburg	45.6	10.2	12.5	13.5	18.2
Mecklenburg	42.5	16.3	9.6	11.5	20.1
Sachsen-Anhalt	42.8	7.1	15.0	15.7	19.4
Thüringen	47.8	13.1	13.4	8.4	17.3
Sachsen	49.3	4.2	17.2	10.7	18.6
SBZ	46.4	9.5	14.1	11.4	18.6

19 Kornow, Organe S.413.

20 Vgl. Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische Partei und sozialistischer Staat, Berlin 1978, S.74.

21 Vgl. O.Grotewohl: Die gegenwärtige Lage und der neue Kurs der Partei, Berlin 1953, S.34. »Es war die Zeit, in der noch nichts erstarrt, nichts in Diplomanie übergegangen war, und wenn einem ein Parteivorgesetzter sagte, ab morgen bist du Direktor, dann war man Direktor, blieb man auch Direktor und wurde allmählich ein guter Direktor. Und so konnte ein Lehrer über Nacht Schuldirektor, ein Gärtner Baumschuldirektor, ein Artist Zirkusdirektor, ein Maurer Minister werden«, E.Strittmatter: Der Wundertäter, 3.Band, Berlin-Weimar 1980 S.21.

22 Vgl. G.Neugebauer: Partei und Staatsapparat in der DDR, Opladen 1978 S.175; etwas differierend hiervon K.H.Schöneburg u.a.: Vom Werden unseres Staates, Bd. 2 1949—1955, Berlin 1968 S.450.

23 Ebd., S.413

24 Protokoll des IV. Parteitages der SED, Berlin 1954 S.54ff., 488f.; vgl. auch J.Schultz: Der Funktionär in der Einheitspartei, Stuttgart u.Düsseldorf 1956 S.267.

25 Ebd.; 1955 kamen von 9 000 Bürgermeistern 6 116 aus der Arbeiterklasse, 1 200 aus der Bauernschaft, der Rest aus bürgerlichen Kreisen, vgl. Demokratischer Aufbau 6/1955 S.172.

26 Autorenkollektiv: Zur Geschichte der Rechtspflege der DDR, Berlin 1976 S.110f.

27 R.Schwarzenbach: Die Kaderpolitik der SED in der Staatsverwaltung. Ein Beitrag zur Entwicklung des Verhältnisses von Partei und Staat in der DDR (1945—1975), Köln 1976 S.66. Mitte 1947 stammten 78 % der Angehörigen der neuen Polizei aus der Arbeiterklasse, 14 % waren Bauern oder Angestellte gewesen, vgl. H.Anders: Die Demokratisierung der Justiz beim Aufbau der antifaschistisch-demokratischen Ordnung 1945 bis 1949, in: Jahrbuch für Geschichte Bd. 9 Berlin 1973 S.401ff.

28 J.Radde: Die außenpolitische Führungselite der DDR. Veränderungen derStruktur außenpolitischer Führungsgruppen, Köln 1976 S.207. Untersucht wurde das Sozialprofil von 221 Personen. Er resümiert: »Die Divergenz zwischen einem System von politischen Führungskadern, das auf die Kontinuität eines lang gedienten Beamtenapparats bewußt verzichtet (DDR), und einem System, das (unter Ausschaltung lediglich exponierter Faschisten) die Kontinuität zum Beamtenapparat der Weimarer Republik gerade auch in der hohen Staatsbürokratie sucht (BRD) ist unverkennbar. Auch sind die Herkunftsmerkmale, insbesondere der Ausweischarakter einer ›proletarischen Familie‹, ein Spezifikum sozialistischer Länder bzw. der ersten Phase der Etablierung eines sozialistischen Staates.« (S.218f.). Nicht verwundern kann dann »der hohe Anteil der Personen« unter den DDR-Diplomaten, »bei denen sich ein Freiheitsentzug nachweisen läßt«; es ist »der Aufenthalt in NS-Zuchthäusern und Konzentrationslagern eines der charakteristischen Merkmale der Nachkriegsdiplomaten der DDR.« (S.80f.).

29 Ebd., S.71. Im Herbst 1953 waren 49,1 % der 400 Volkskammer- und 63,4 % der 1 050 Bezirkstagsabgeordneten ihrer sozialen Herkunft nach Arbeiter. Den Kreistagen gehörten 6 610 Arbeiter und 829 Bauern an, vgl. Schultz, Funktionär, S.269.

30 Vgl. D.Keller: Lebendige Demokratie, Berlin 1971 S.281f.

31 Ebd. sowie A.Behrendt: Die Betriebsrätekonferenzen der landeseigenen Betriebe der sowjetischen Besatzungszone 1947, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 9/1979 (ZfG) S.875f. H.Krause: Die Entstehung des volkseigenen Sektors in der Industrie der DDR, Berlin 1957 Diss.S.131.

32 Krause, ebd., gibt 70 % an.

33 P.J.Lapp: Die Volkskammer der DDR, Opladen 1975 S. 83 f, wonach von den 500 Abgeordneten, die in der Wahlperiode 1971—1976 in der Volkskammer Mitglied waren, 398 zunächst einen Arbeiter- oder Angestelltenberuf erlernten bzw. in ihrer ersten Erwerbstätigkeit Arbeiter in der Industrie oder Landwirtschaft waren (S.80).

34 Vgl. D.Hösel: Ziel der Wahlen – starke sozialistische Volksvertretungen, in: StuR 4/1979 S.292; G.Schaarschmidt, W.Sternkopf: Die weitere Stärkung der Rolle der Arbeiterklasse in der Tätigkeit der Volksvertretungen und Probleme der Vervollkommnung ihrer Arbeitsweise, in: StuR 9/1978 S.795, wonach über 75 000 Arbeiter als Abgeordnete tätig seien. Nach »Neuer Weg« 13/1979 S.498 sind von insgesamt 260 000 gewählten Kandidaten und Nachfolgekandidaten »mehr als ein Drittel unmittelbar in der materiellen Produktion tätig.« Unter den am 20. 5. 1979 gewählten 201 570 Abgeordneten von 7777 Volksvertretungen kamen nach ND v. 18. 8. 1980 93 751 – also knapp die Hälfte – aus der Arbeiterklasse; gegenüber den letzten Wahlen sei dieser Anteil um 7,7 % gestiegen.

35 W.Assmann, G.Liebe: Kaderarbeit als Voraussetzung qualifizierter staatlicher Leitung, Berlin 1972 S.21.

36 Vgl. Neugebauer, Partei, S.182; Autorenkollektiv, Partei, S.175; K.Sorgenicht: Ergebnisse und Aufgaben der Kaderarbeit im sozialistischen Staatsapparat, in: StuR 10/1978 S.880. Von den 50 219 Schöffen der Gerichte der DDR sind der sozialen Zusammensetzung

nach bei den Kreisgerichten 47,3 % und bei den Bezirksgerichten 51,6 % Arbeiter. 71 % der Richter entstammten der Arbeiterklasse, von den Direktoren der Bezirksgerichte 72 %. Ihrer sozialen Herkunft nach waren 56,3 % von 302 examinierenden Diplomwirtschaftswissenschaftler, die gegenwärtig großenteils in Führungs- und Leitungspositionen der Wirtschaft tätig sind, Arbeiter, vgl. F.Grätz: Wirtschaftsführer in Ost und West, in: DA 10/1971 S.1026ff. Angaben über die Entwicklung der Vorpositionen der Staatsangehörigen in den 50er Jahren finden sich in Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.94ff., wonach der Anteil der Mitarbeiter, die vor ihrem Eintritt in den Staatsdienst in der Produktion tätig waren, auf 26 % in den Räten der Bezirke und 27,7 % in den Kreisen abgesunken war und bis 1958 auf 30,2 % bzw. 31,3 % wieder angehoben wurde. In den zentralen Organen war die Rekrutierung unmittelbar in der Produktion Tätiger noch geringer.

37 Sie sind teilweise nicht repräsentativ, arbeiten mit nicht näher definierten Begriffen, wobei die Begriffsverwendung uneinheitlich ist. Entwicklungstendenzen in einzelnen Bereichen sind kaum erfaßbar.

38 Czudnowski, Recruitment, S.159.

39 Beyme, Elite, S.17. Vgl. dagegen Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.49: »Bei der Auswahl und dem Einsatz der Kader soll die richtige soziale Zusammensetzung des Kaderbestandes gewährleistet werden. Diese soziale Zusammensetzung wird als eine wichtige Bedingung für die Verwirklichung der Rolle der Partei und als ein Schutz gegen Karrieristentum und Bürokratismus angesehen. Die Mehrheit der Kader soll aus der Arbeiterklasse stammen und vor ihrer Tätigkeit in der Verwaltung die Praxis des sozialistischen Aufbaus in den Betrieben kennengelernt haben. Die Bedeutung der sozialen Zusammensetzung des Kaderbestandes ist gegenwärtig noch recht hoch.«

40 Wie dies bekanntlich auf die politischen Eliten im Faschismus zutrifft.

41 G.Tietz: Entwicklungsprobleme und Tendenzen der ehrenamtlichen Mitarbeit der Bürger in Organen des Staatsapparates, in: StuR 4/1980 S.328. Hier findet sich eine erste umfangreiche Darstellung ehrenamtlicher Tätigkeit. Auf Probleme politischer Partizipation in den acht Großstädten der DDR mit über 200 000 Einwohnern, in denen 21 % der gesamten Bevölkerung lebt, macht eine Untersuchung in ND v. 29. 7. 1980 aufmerksam: »In einem elfgeschossigen Wohnhaus mit drei Aufgängen leben etwa 250 Menschen, mehr bzw. ebenso viel wie in rund 2 000 der insgesamt 6 910 Landgemeinden der DDR, die ja eine eigene Volksvertretung und einen – in der Regel hauptamtlichen – Bürgermeister haben. In der Großstadt aber hat ein einziger Abgeordneter durchschnittlich zwei solcher Häuser zu betreuen . . . In Leipzig beispielsweise existieren erst: »45 Prozent der Mehrfamilienhäuser Hausgemeinschaftsleitungen bzw. Hausvertrauensleute. Vor einigen Jahren nahmen 20 000 Leipziger eine solche Funktion wahr. Jetzt ist ihre Zahl geringer. Damit fehlen dort den Abgeordneten wichtige Verbündete für ihr Wirken in den Wohngebieten.«

42 Vgl. die Beispiele bei J.Bielasiak: Political Change and Economic Development: a Study of Elite Composition in Eastern Europe, Diss. Cornell University (USA) 1975 S.39ff., 108ff.; W.A.Welsh: Elites and Leadership in Communist Systems. Some New Perspectives in: Studies in Comparative Communism 1—2/1976 S.162f.

43 Keine exakten Angaben liegen über die Realisierung dieses Prinzips der Klassenrepräsentativität innerhalb der Partei vor. 51,6 % der 366 633 Mitglieder von Leitungen der SED-Grundorganisationen waren Arbeiter, 60 % der Angehörigen der Kreisleitungen (Neuer Weg 1/1977 S.9, 10/1977 S.486). Auf dieser Ebene ist der Professionalisierungsgrad gering; so waren im Bezirk Dresden von den über 7 000 Sekretären der Grundorganisationen und Abteilungsparteiorganisationen über 94 % ehrenamtlich tätig (Neuer Weg 4/1977 S. 151) und in der Gesamtpartei waren anfang 1981 97 % der Parteiselvetäre ehrentlich tätig, vgl. Unsere Zeit, Beilage v. 14. 4. 1981 S. 14. In die Leitungstätigkeit über ehrenamtliche Kommissionen und Arbeitsgruppen vergleichsweise intensiv einbezogen sind 320 000 Parteimitglieder, also ungefähr jedes siebte Parteimitglied (Neuer Weg 16/1979 S.629). Detail-

lierte die Angaben zur KPdSU in: M.Rutkewitsch, F.Filippow: Klassen und Schichten in der Sowjetunion, Berlin 1979 S.139f.

44 Vgl. Autorenkollektiv: Arbeiterklasse-Intelligenz-Studenten, Berlin 1976. Neben dem Massenphänomen der organisierten Ferienarbeit ist hier natürlich in erster Linie die produktive Arbeit im Rahmen des polytechnischen Unterrichts zu nennen, die gegenwärtig jährlich von ca. 1 Mio. Schülern der Klassen 7–10 geleistet wird, vgl. ND v. 30./31. 8. 1980.

45 Vgl. Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.100; G.-J.Glaessner: Herrschaft durch Kader, Leitung der Gesellschaft und Kaderpolitik in der DDR am Beispiel des Staatsapparates, Opladen 1977 S.116.

46 Gegenwärtig kommen 73 % der 2,13 Mio. SED-Mitglieder und Kandidaten aus der Arbeiterklasse, 56,9 % sind Arbeiter. 25 % der SED-Mitglieder und Kandidaten sind in nur 8 % der über 77 000 Grundorganisationen konzentriert, die in den zentralgeleiteten Kombinaten bestehen. Jeder Fünfte der ca. 2,6 Mio. Kombinatsbeschäftigten ist somit Parteimitglied, ein weit überdurchschnittlicher Anteil, vgl. Einheit 10/1980 S.1021, Neuer Weg 3/1980 S. 91. Der Organisationsgrad betrug 1981 in der Metallugie 32,9 %, der Kohle und Energie 23,5 %, in der Chemie 22,8 % und im Maschinen- und Fahrzeugbau 20,6 %, vgl. Unsere Zeit, Beilage v. 14. 4. 1981 S. 14.

47 Gesetz über die Wahlen zu den Volksvertretungen der DDR – Wahlgesetz – v. 24. 6. 1976, in: GBl I S.301. Bei den Wahlen zu den Volksvertretungen 1979 wurden »859 (von 261 966 – 0,3 %, R.R.) Kandidaten . . . nicht nominiert, weil sie nicht das Vertrauen ihrer Kollektive fanden«, Neues Deutschland v. 20. 4. 1979. Auch hier zeigt sich, daß dem politischen System der DDR nicht der »abstrakte Staatsbürger« (K.Marx), sondern der vergesellschaftete Produzent in der materiellen Produktion zugrundeliegt.

48 Hösel, Wahlen, S.296: Schaarschmidt, Sternkopf, Volksvertretungen, S.798.

49 I.Lange: Mit dem Aufbau des Sozialismus ist auch die Frau befreit worden, in: Neuer Weg 18/1979 S.720. Die nicht seltene Praxis, diese Veränderung in der Rekrutierungspraxis mit dem Hinweis auf den geringen Frauenanteil auf der Ebene des ZK/Politbüros bzw. des Ministerrats der DDR als letztlich geringfügig zu charakterisieren, da eben die Frauen nicht an den »Schalthebeln« der Macht beteiligt seien, bleibt den Nachweis schuldig, warum die Annahme des plötzlichen Abbruchs der kontinuierlichen Zunahme des Frauenanteils im Leitungsbereich plausibel sein sollte.

50 Deutsche Richterzeitung 8/1973 S.288.

51 Vgl. W.Maser, E.Scholz: Entwicklung und Förderung der Frauen in den Justizorganen der DDR, in: Neue Justiz 19/1975 S.562ff. 82,3 % der mittleren juristischen Kader waren damals bereits Frauen. 47,3 % der Schöffen waren 1975 Frauen. »In den Bezirken sind 13,3 Prozent der Direktoren der Bezirksgerichte und 13,3 % Prozent der Bezirksstaatsanwälte, 26,6 Prozent der stellvertretenden Direktoren der Bezirksgerichte und 20 Prozent der Stellvertreter der Bezirksstaatsanwälte, 60 Prozent der Senatsvorsitzenden bei den Bezirksgerichten und 17,1 % Prozent der Abteilungsleiter in den Bezirksstaatsanwaltschaften Frauen.« (S.564) – Freilich zeigen auch diese Daten die noch andauernde Dominanz von Männern!

52 Vgl. Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.134ff. sowie u.a. J.Mende, W.Wünsch: Zur Vorbereitung von Frauen für die Ausübung von Leitungsfunktionen, in: Arbeit und Arbeitsrecht 4/1971 S.99ff. Die Einbeziehung unterprivilegierter Gruppen betrifft in der BRD zunehmend die Arbeitslosen: die Mitbestimmungsforschung zeigt, daß von Arbeitslosigkeit Betroffene aus dem inner- wie überbetrieblichen System politischer Willensbildungen tendenziell ebenso herausfallen wie die traditionellverelendeten und Armutsgruppen.

53 Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.61; ähnlich Glaessner, Kader, a.a.O.

54 Vgl. Radde, Führungselite, S.15ff.; zur Kritik auch O.Cless: Die bundesdeutsche DDR-Forschung in den siebziger Jahren. Politische Determinanten und theoretische Pro-

bleme. Ein Beitrag zur Perzeptionsgeschichte Bundesrepublik-DDR, Diss.Marburg 1978 S.275ff., 475ff.

55 Sofern Staatsangestellte Leitungs- und Organisierungsarbeit leisten, gehen sie nicht nur gesellschaftliche Verhältnisse untereinander ein, sondern machen sich diese (ökonomischen, politischen, kulturellen usw.) Verhältnisse selbst zum Gegenstand ihrer Tätigkeit. Darin liegt die Spezifik ihrer Arbeit.

56 Vgl. Therborn, Ruling Class, a.a.O.,; Gurjewitsch, Weltbild, S.214f.

57 Ebd.

58 W.Hofmann: Abschied vom Bürgertum. Essays und Reden, Frankfurt 1970 S.180ff.

59 Ebd., S.183.

60 Vgl. Autorenkollektiv: Marxistisch-leninistische Staats- und Rechtstheorie, Lehrbuch, Berlin 1975 S.230ff.

61 R.Damus: Der reale Sozialismus als Herrschaftssystem am Beispiel der DDR, Giessen 1978 S.196.

62 J.Jaroslawski: Soziologie der kommunistischen Partei, Frankfurt/New York 1978 S. 247f.

63 R. Damus: Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real rexistierenden Sozialismus, in: Sozialismusdiskussion. Beiträge zum Marburger Leongres, Marburg 1979, S. 7; R. Bahro:

64 Jaroslawski, Partei, S.275f.

65 Ebd., S.424. Freilich spricht er an anderer Stelle von der »eigene(n) materielle(n) Grundlage« des Systems (S.457), vgl. auch S.420, 435.

66 R.Damus: Die Intelligenz als Potential des gesellschaftlichen Umwälzungsprozesses im ›realen Sozialismus‹ (nach Rudolf Bahro) in: Probleme des Klassenkampfs 2/1978 S.68. Ähnlich H.Conert: Über Konstitutionsmerkmale nachkapitalistischer Gesellschaften, in: Das Argument 117 (1979) S.725, der von »einem konstitutiv politischen Zwangsmechanismus der Vergesellschaftung« spricht; ebenso F.Claudin: Die Debatte um die Natur des »realen Sozialismus« und ihre politischen Konsequenzen, in: Kritik 16 (1977) S.126.

67 Conert, Konstitutionsmerkmale, S.725.

68 Ebd., S.722f.

69 G.Schäfer: Ökonomische Bedingungen des Faschismus, in: D.Horster, M.Nikolinakos (Hg.): Ist die Epoche des Faschismus beendet? Frankfurt 1971 S.87.

70 Ebd., S.88. Vgl. auch M.Horkheimer: Die Juden und Europa, o.O.o.J.S.7 sowie ders.: Autoritärer Staat (1940), o.O.o.J.S.7: »Die konsequenteste Art des autoritären Staats, die aus jeder Abhängigkeit vom privaten Kapital sich befreit hat, ist der integrale Etatismus oder Staatssozialismus. (. . .) Im integralen Etatismus ist die Vergesellschaftung dekretiert.« Von durchaus anderer gesellschaftstheoretischer Position J.Burnham: Das Regime der Manager, Stuttgart 1949 (1941) z.B.S.148 zum Primat der Politik in der UdSSR: »Vielmehr kann . . . ein staatswirtschaftliches System die Grundlage einer ausbeuterischen Klassenherrschaft abgeben, wie sie in solcher Schärfe und Ausschließlichkeit bisher kaum vorgekommen ist. Diejenigen, welche den Staat kontrollieren und deren Interessen der Staat vornehmlich dient, bilden im staatswirtschaftlichen System die Oberschicht. Durch den Staat kontrollieren sie den Zugang zu den Produktionsmitteln. Durch den Staat kontrollieren sie die Verteilung der Erzeugnisse in solcher Weise, daß ihnen selbst der Löwenanteil zufällt.«

71 W.Thea: Die Gesellschaftsformation des genannten ›real existierenden Sozialismus‹, in: Sozialismusdiskussion, S.21.

72 Damus, Herrschaftssystem, S.21.

73 Die dann nur im politischen Überbau (demokratisch – liberal oder totalitär) gesehen werden. Andere Autoren sehen jedoch in der Umkehrung des Basis-Überbau-Verhältnisses die Differenz der Systeme.

74 K.Marx: Theorien über den Mehrwert, in: MEW 26,1., Berlin 1965 S.12.

75 Die Produktivkräfte kommen nebenbei in dem politizistischen Ansatz nicht vor, vgl. dazu auch G.Stiehler: Die Grundfrage der Philosophie und die Unterscheidung materieller und ideologischer Verhältnisse, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie (DZfPh) 8/1980 S.957, 963.

76 Für R.Bahro, Alternative, S.114 ist konsequent Ausbeutung »ein politisches Phänomen«, ein »Phänomen der politischen Machtverteilung«.

77 E.Hahn: Zum historischen Charakter der Subjekt-Objekt-Dialektik und ihrer Spezifik beim Aufbau des Sozialismus, in: DZfPh 8/1979 S.932.

78 Vgl. etwa einen der ›Väter‹ dieses Konzepts, W.Brus: Sozialisierung und politisches System, Frankfurt 1975, S.71, der die »Frage nach dem Subjekt des öffentlichen Eigentums« ausdrücklich ausklammert. Völlig schwammig R. Damus, R.Bahro.

79 Vgl. Jaroslawski, Partei, S.325: es sei »der prozentuelle Anteil der hohen und mittleren Gehälter in der Partei viel höher . . ., allein schon deswegen, weil fast alle Posten mit höchsten und hohen Gehältern (Führungsposten) von Parteimitgliedern besetzt sind . . . Darin steckt das Geheimnis der wirtschaftlichen Motorik oder Motivation des bestehenden politisch-ökonomischen Systems.« Auch z.B. E.Mandel: Zehn Thesen zur sozialökonomischen Gesetzmäßigkeit der Übergangsgesellschaft zwischen Kapitalismus und Sozialismus, in: P.Hennicke (Hg.): Probleme des Sozialismus und der Übergangsgesellschaften, Frankfurt 1973 sieht in den privaten Genußneigungen oberer Verwaltungsangestellter die Zauberkraft, welche die Ökonomie von einem Drittel der Welt in Gang hält (ebd., S.25, 34).

80 Vgl. F. Selbmann: Wir lernten planen und Betriebe leiten, in: Die ersten Jahre. Erinnerungen, Berlin 1979 S.69ff.; F.Beck: Die Entstehung der Provinzial- und Landesverwaltungen in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, in: Befreiung und Neubeginn, Berlin 1968 S.198ff.; W.Mühlfriedel, K.Wiegand: Die SMAD und die industrielle Entwicklung in den Jahren der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Jahrbuch für Geschichte 20, Berlin 1979 S.79ff.; J.Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978; R.Schultze: Zur Herausbildung der wirtschaftlich-organisatorischen Funktion der Arbeiter- und Bauern-Macht nach der Gründung der DDR, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG) 7/1980 S.609ff.

81 Vgl. Jahrbuch Arbeit und Sozialfürsorge 1947/1948, Berlin 1948 bes.S.32ff.; H.Barthel: Probleme und Ergebnisse der marxistisch-leninistischen Sozialpolitik in der Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus. Die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik als Triebkraft zur Erhöhung der Produktion und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität, in: R.Badstübner, H.Heitzer: Die DDR in der Übergangsperiode, Berlin 1979 S.134ff.

82 Vgl. ebd., S.235ff.; FDGB (Hg.): Aus der Arbeit des FDGB, Berlin 1950 S.245ff.

83 Vgl. W.D.Hund, B.Kirchhoff-Hund: Soziologie der Kommunikation, Reinbek 1980; R.Weimann: Kunst und Öffentlichkeit in der sozialistischen Gesellschaft – Zum Stand der Vergesellschaftung künstlerischer Verkehrsformen, in: Sinn und Form 2/1979.

84 Ebd.

85 Vgl. FDGB-Bundesvorstand (Hg.): Aus der Arbeit des FDGB 1947—1949, Berlin 1950 S.313.

86 Zurückhaltend bedacht von Strittmatters Wundertäter, z.B. S.410, 489ff.

86a R.Kühnl, die geistige Krise der kapitalistischen Gesellschaft, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 11/1976, S.1238.

87 Zum folgenden vgl. Therborn, Ruling Class, S.64f.

88 Ebd., S.91.

89 In dieser Hinsicht besonders ärgerlich die ansonsten in vielen Dingen herausragende Studie von D.Staritz: Sozialismus in einem halben Land, Berlin 1976.

90 Vgl. H.Winkel: Die Wirtschaft im geteilten Deutschland 1945—1970, Wiesbaden 1974, S.64, wo es zur Entwicklung in der SBZ 1945 heißt: »Vielmehr wurden das überkom-

mene System des staatlichen Lenkungsapparates sowie die kriegswirtschaftlichen Bewirtschaftungsmaßnahmen (der Faschisten-R.R.) voll übernommen und im Sinne einer sozialistischen Planwirtschaft weiter ausgebaut.« Es »bedurfte ja nur weniger organisatorischer Veränderungen«, heißt es wenig später, »um das 1945 vorgefundene planwirtschaftliche Modell für die eigenen Ziele nutzbar zu machen.« (S.170); vgl. auch J.D. Porro: Political Change and the Group Model in Communist Systems: Workers and Writers in Poland and Hungary 1957—1970, Diss. Univ. of California, Los Angeles 1975 S.3, 20ff. 249ff.

91 Vgl. H.Roggemann: Volksvertretungen im Sozialismus, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/1974 S.339ff.

92 A.Przeworski: Proletariat into a Class: The Process of Class Formation from Karl Kautsky's. The Class Struggle to Recent Controversies, in: Politics and Society 4/1977 S. 372. Die folgende Darstellung ist auch deshalb in hohem Maße hypothetisch, weil die organisationsinternen Prozesse und Strukturen kann analysiert werden können. Auch die aufgeführten Daten sind nur begrenzt verallgemeinerungsfähig.

93 W.I.Lenin: Werke, Bd. 7, Berlin 1956 S.419f.

94 E.O.Wright: Class, Crisis and the State, London 1979 S.101.

95 Zum folgenden Nachweise in: M.Bensing: Die Formierung der Arbeiterklasse zum Hegemon der antifaschitisch-demokratischen Umwälzung in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/46 als Zäsur in der Geschichte der Arbeiterklasse, in: JfG 17 (1977); W.Lamprecht: Die Partei der Arbeiterklasse in Mecklenburg – ihre politische und organisatorische Entwicklung von 1945 bis 1949, in: WZ Universität Greifswald, Sonderheft 1976 S.198ff.; G.Benser: Das Jahr 1945. Vom antifaschistischen Widerstand zur antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: ZfG 4/1980 S.319; H.-J.Krusch: Für eine neue Offensive. Zur Septemberberatung 1945 der KPD, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BZG) 3/1980 S.349, 359f.; DDR-Handbuch, Köln 1979 S.194; Einheit 10/1980 S.1021; FDGB: Geschäftsbericht 1946, bes.S.62ff., 256; Protokoll der Verhandlungen des 2. Parteitages Deutschlands, Beiträge, Berlin 1966 S.13ff., 57ff.; H.Jendretzky: Neue deutsche Gewerkschaftspolitik, Berlin 1948; Fragen des Aufbaus eines einheitlichen, demokratischen, friedliebenden deutschen Staates, Berlin 1952 S.146.

96 Zur Entwicklung in den Ländern der SBZ vgl. Krusch, KPD, S.360.

97 J.Hough: The Soviet Union and Social Science Theory, Cambridge Mass. 1977 S.132, sowie insgesamt den dort wieder abgedruckten, in Soviet Studies 1/1976 S.3ff. publizierten Artikel ›Political Participation in the Soviet Union‹. Wenn K.v.Beyme, Ökonomie und Politik im Sozialismus, München 1975 S.320 feststellt: »Der Sozialismus ist in vielen Ländern heute hinreichend legitimiert durch die Zustimmung der Mehrheit und durch objektive Erfolge« und auch Jaroslawski, Partei, S.461 vermerkt, »zweifellos erscheint im gesellschaftlichen Bewußtsein der Menschen, die in den sozialistischen Ländern leben und erzogen wurden, die kapitalistische Welt als etwas Unnormales und Verdammenswertes, wird der Sozialismus als ungeheure Errungenschaft auf dem Wege zur Befreiung des Menschen eingeschätzt und über den Kapitalismus gestellt« – dann konzentriert sich diese Legitimation (auch in der DDR) auf Facharbeiter und Facharbeiterinnen in der Großindustrie, die sich nicht zuletzt aufgrund ihrer materiellen Besserstellung und sozialen Aufstiegs identifizieren und auch am politischen System partizipieren konnten.

98 Angaben hierzu in: Autorenkollektiv: Die gesellschaftlichen Organisationen in der DDR, Berlin 1980; J.Cerny: Vom antifaschistisch-demokratischen Block zum sozialistischen Mehrparteiensystem, in: Badstübner/Heitzer, DDR, S.189ff.; M.Krause: Zur Zusammenarbeit der SED mit den anderen Parteien des demokratischen Blocks nach der Gründung der DDR bis Mitte 1952, in: JfG 20 Berlin 1979 S.111ff.; R.Stöckigt: Zur Bündnispolitik der SED, in: ZfG 12/1979 S.115ff.

99 Vgl. S.Doernberg: Die Geburt eines neuen Deutschland, Berlin 1959 S.282f. sowie R.Wilhelm: Die Rolle der staatlichen Organe im Kampf um die Enteignung der Nazi- und

Kriegsverbrecher, in: StuR 4/1979 S.311ff.

100 Vgl. Befreiung und Neubeginn, S.221ff.

101 Vgl. Aufbruch in unsere Zeit. Erinnerungen an die Tätigkeit der Gewerkschaften von 1945 bis zur Gründung der Deutschen Demokratischen Republik, Berlin 1976; Gewerkschaftlicher Neubeginn, Dokumente 1945/46, Berlin 1975; Die ersten Jahre, Erinnerungen, Berlin 1979.

102 H.Matern: Der Weg unserer Partei (1. 7. 1945), in: ders.: Im Kampf für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. I 1926—1956, Berlin 1963 S.146.

103 Vgl. nur: P.Schmidt, T.Schwanengel: Die Konzeption von KPD und SED zur Umgestaltung des monopolistischen Bankwesens in ein Machtinstrument der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten in den Jahren von 1945 bis zur Gründung der DDR, in: WZ HU Berlin 2/1977 S.267ff.; D.Fally-Sell: Die Entstehung des volkseigenen Sektors der Industrie und die sich gesetzmäßig damit herausbildende staatliche Leitung und Planung in den ersten Jahren des antifaschistisch-demokratischen Umwälzungsprozesses auf dem Gebiet der DDR (Mai 1945 bis Herbst 1946), in: WZ HU Berlin 2/1978 S.147ff.

104 Vgl. S.Suckut: Die Betriebsrätebewegung in der Sowjetisch Besetzten Zone Deutschlands und in Groß-Berlin von 1945—1948. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung ihrer politisch-sozialen Bedeutung unter besonderer Berücksichtigung der von den Betriebsräten wahrgenommenen Mitbestimmungs- und Selbstbestimmungsrechte der Belegschaften auf Betriebsebene, Diss.Hannover 1979.

105 In Sachsen als dem weitaus wichtigsten Industrieland nahm die Anzahl der Betriebsparteigruppen der SED von ca. 3 000 1946 auf 6 000 1947 und dann 7 600 zu, womit ca. 50 % der Betriebe erfaßt waren, vgl. W.Böhme: Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typus – Grundlage für die Gestaltung des entwickelten gesellschaftlichen Systems des Sozialismus, in: WZ der TU Dresden 1/1979 S.67; das bedeutete zugleich eine Verankerung der Kader im Produktionsbereich, da bis 1949 der Anteil der Funktionäre aus den Betrieben in den Wohngruppen von ca. 80 % auf 19 % zurückging.

106 Die vor allem im Kampf um die Entnazifizierung durchgesetzt wurde, vgl. Suckut, Betriebsrätebewegung, S.192ff., 477ff.

107 K.Marx: Kritische Randglossen zu dem Artikel ›Der König von Preußen und die Sozialreform. Von einem Preußen‹, in: MEW 1, Berlin 1970 S.409.

108 Verwaltungen in den sozialistischen Gesellschaften haben durchaus unterschiedliche Wurzeln: über sie werden die der kooperativen Natur der gesellschaftlichen Arbeit entspringende Leitungsprozesse realisiert; sie setzen allgemeine gegen besondere Interessen durch, deren Gegensätzlichkeit mit der Weiterexistenz wesentlicher sozialer Ungleichheiten zusammenhängt. Und in ihr drückt sich das »Weiterbestehen bürgerlichen Rechts« in der sozialistischen Gesellschaft aus: Verwaltung als Inkarnation formeller Gleichheit bei realer Ungleichheit.

109 Vgl. Clegg/Dunkerley, Organization, S.433ff.

110 Beschluß der Parteikonferenz der KPD v.2./3. 3. 1946 über »Die nächsten Aufgaben der KPD beim Neuaufbau Deutschlands«, in: IML (Hg.): Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Reihe III, Bd. 1, Berlin 1959 S.529f. Die Stadt Potsdam stellte 1946 12 Forderungen an den »neuen Typ des Behördenangestellten«, die bei Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.206 wiedergegeben sind: »1. Der Behördenangestellte darf nicht unpolitisch, sondern muß politisch interessiert sein. Er hat das Recht, außerhalb und innerhalb der Verwaltung am demokratisch-antifaschistischen Gesellschaftsleben aktiv teilzunehmen und, wie jeder andere Deutsche, bei der Demokratisierung des gesamten Lebens mitzuwirken. 2. Der Behördenangestellte muß ehrlich, sauber, bescheiden, von anständigem Charakter und unbedingter Feind jeder Korruption sein. 3. Der Behördenangestellte bedarf nicht immer und unbedingt einer fachlichen Vorbildung, muß jedoch geistig

beweglich sein und den Willen zur eigenen Fortbildung besitzen. 4. Der Behördenangestellte muß eine positive Einstellung zur Besatzungsmacht haben. 5. Der Behördenangestellte bedarf der Disziplin, der positiven Einstellung zu der Verwaltung. Bestehende oder neugeschaffene Gesetze sind von ihm genauestens zu beachten. 6. Der Behördenangestellte soll gegenüber jedem gerecht sein, aber er muß einen unerbittlichen Kampf gegen die Gegner der Demokratie führen. 7. Der Behördenangestellte darf nicht herrschsüchtig sein. Er muß lernen, sich selbst zu beherrschen. Er hat die Würde des anderen Menschen und seiner Mitarbeiter zu achten. 8. Der Behördenangestellte muß ein ausgeprägtes Verantwortungsbewußtsein besitzen und darf nur im Interesse des Volkes handeln. 9. Der Behördenangestellte muß erhöhtes Verständnis und besondere Höflichkeit dem Publikum gegenüber an den Tag legen. 10. Der Behördenangestellte hat seine Arbeitskraft voll und ganz einzusetzen; stete Bereitschaft im Dienst für die Interessen des Volkes muß verlangt werden. Er soll bestrebt sein, seine Arbeiten im besten Einvernehmen mit den antifaschistisch-demokratischen Organisationen und den Gewerkschaften durchzuführen. 11. Der Behördenangestellte bedarf der eigenen Initiative. Er muß sich freimachen von der alten Gewohnheit, nur auf Befehle zu warten. 12. Der Behördenangestellte steht unter der dauernden Kontrolle des Volkes und ist bei Verstößen gegen die Interessen des Volkes jederzeit absetzbar.«

111 Der Aufbau explizit politisierter Verwaltungen nach 1945 zeigt dieses Leitbild: am 1. 12. 1945 arbeiten in den Abteilungen der Landesverwaltung Mecklenburg-Vorpommern 40 KPD-Mitglieder, 118 SPD-Mitglieder und 28 CDU-Mitglieder sowie 327 Parteilose. In Brandenburgs neuen Selbstverwaltungsorganen gehörten von 9 872 Angestellten 933 der KPD und 1 054 der SPD an. Der Landesverwaltung Sachsen gehörten Ende 1945 440 KPD-, 521 SPD-, 90 LDPD- und 89 CDU-Mitglieder sowie 901 Parteilose an. Ein ähnliches Bild ergibt sich auf der Ebene der Stadtverwaltungen. Von den Mitarbeitern der Stadtverwaltung Leipzig gehörten Ende 1945 2 015 der KPD, 4 180 der SPD, 399 LDPD, 183 der CDU und 12 227 keiner Partei an. Für 1948 werden für alle Länder der SBZ folgende Angaben gemacht: 43,6 % der Mitarbeiter des Staatsapparats gehörten der SED, 5,7 % der CDU, 5,4 % der LDPD, 0,3 % der NDPD, 0,3 % der DBD und 44,7 % gehörten keiner Partei an. In den zentralen Ministerien und Ämtern der Regierung der neu gegründetenn DDR waren am 1. 12. 1949 3 245 Mitarbeiter in SED-Parteigruppen organisiert, vgl. R.Schultze, Wirtschaftlich-organisatorische Funktion, S.615; Fiedler, SED, S.24ff.; Autorenkollektiv: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland – Dokumente aus den Jahren 1945—1949, Berlin 1968 S.810ff.. Zur Parteikontrolle vgl. L. Steglich: Die Parteikontrolle in den örtlichen staatlichen Organen, in: Neuer Weg 5/1980 S.167ff.; Parteikontrolle in den staatlichen Organen, in: Neuer Weg 12/1977 S.569.

112 Vgl. Schwarzenbach, Kaderpolitik, a.a.O.; Glaessner, Kader, a.a.O.; Beschluß des Sekretariats des ZK der SED über die Arbeit mit den Kadern v. 7. 6. 1977, in: Neuer Weg 13/1977 S.598 ff. Sorgenicht, Kaderarbeit, S.881ff.

113 Bei Aspekte werden behandelt bei Schwarzenbach, Kaderpolitik, 89ff.

114 Mit dem Befehl Nr. 66 vom 17. 9. 1945 hatte die SMAD die NS-Beamtengesetze aufgehoben und die Landesverwaltung Sachsen erließ am 17. 8. 1945 eine Verordnung über den personellen Neuaufbau der öffentlichen Verwaltung, in der eine Berufung ins Beamtenverhältnis nicht vorgesehen war. Nach Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.81ff. soll aber erst in einer VO der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) vom 24. 11. 1948 die rechtliche Gleichstellung von Angestellten im öffentlichen Dienst und Werktätigen in Betrieben vorgenommen worden sein.

115 Vgl. BiB, Materialien 1974, S.583f.: »Die Arbeitsverhältnisse der Mitarbeiter in den Staatsorganen (der DDR) können grundsätzlich jederzeit beendet werden. Lebenslängliche Anstellungen gibt es nicht . . . Das Recht des Verwaltungspersonals gründet in der DDR also auf einer grundsätzlich arbeitsrechtlichen Konzeption. Ein besonderes Dienstrecht, insbesondere ein Beamtenrecht, besteht . . . nicht. Andererseits häufen sich für die ver-

schiedensten Gruppen von Bediensteten Sonderbestimmungen, die . . . nicht jedoch ihre lebenslängliche Anstellung betreffen.«

116 Vgl. ebd., S.583 »Laufbahnbestimmungen gibt es nicht. Höherstufungen von Mitarbeitern erfolgen grundsätzlich nur durch entsprechende Änderungen des Arbeitsvertrages.« Zu den Ausnahmen vgl. ebd., S.583. Solchen Regeln kam zugute, daß in der DDR im Unterschied zur BRD nach 1945 die Beamtenverwaltung auch personell beseitigt wurde: im Herbst 1950 waren von den 2694 Beschäftigten der Landesverwaltung Sachsen ganze 57 (1,8 %) Angestellte tätig, die bereits vor 1945 in der Verwaltung arbeiteten. Dazu kamen 65 Angestellte, die vor 1933 Beamte gewesen waren und von den Nationalsozialisten Berufsverbot erhielten. 95,6 % der Angestellten der Landesregierung waren Menschen, die erst nach dem Sturz des Faschismus Mitarbeiter der Verwaltung wurden, vgl. M.Seydewitz: Wie wir die Grundlagen für den sozialistischen Aufbau schufen, in: H.Wehner (Hg.): Kampfgefährten-Weggenossen, Berlin 1974 S.277.

117 Vgl. Materialien 1974, S.583: »Für die Beendigung der Arbeitsverträge durch Aufhebungsvertrag oder durch Kündigung gelten, soweit nicht anderes vereinbart oder gesetzlich vorgesehen ist, die Vorschriften des allgemeinen Arbeitsrechts. Die Arbeitsverhältnisse von gewählten oder berufenen Mitarbeitern werden durch Zeitablauf, Abberufung oder durch Abwahl beendet.« (Vgl. dazu VO über das Verfahren bei der Berufung und Abberufung von Werktätigen v. 15. 6. 1961, GBl. II S.235). In diesen Zusammenhang gehört auch die Rechenschaftspflichtigkeit der Mitarbeiter der Staatsorgane, vgl. dazu im einzelnen Autorenkollektiv: Staatsrecht der DDR, Berlin 1977 S.442ff.

118 Vgl. zur Mitte der 50er Jahre K.Bönninger, W.Büchner-Uhder: Vorschläge für die künftige Regelung des Staatsdienstes in der Deutschen Demokratischen Republik, in: StuR 8/1956 S. 1014ff.: »Die bisherige Gesetzgebung hat die besonderen Merkmale der im Staatsapparat tätigen Mitarbeiter nivelliert und einseitig das in den Vordergrund gestellt, was ihre arbeitsrechtlichen Beziehungen mit den Arbeitsverhältnissen der übrigen Werktätigen gemeinsam haben. Das war in der ersten Periode unserer Entwicklung, als es galt, die bisherigen Privilegien der Beamten und die aufgrund der bisherigen Entwicklung noch vorhandenen Vorurteile der Arbeiterklasse gegenüber den Angehörigen des Staatsapparates zu beseitigen, verständlich und notwendig . . . Solange die zur Zeit vorhandenen, zum Teil krassen Vergütungsunterschiede in wirtschaftlichen Betrieben und kutlurellen Institutionen einerseits und im Staatsapparat andererseits bestehen bleiben, ist ein Abwandern der qualifizierten Kader aus dem Staatsapparat unvermeidlich.« Zwar verstärke sich »die Tendenz zur Dauerhaftigkeit der Dienstverhältnisse« (Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.45), doch die Schaffung eines Gesetzes über den sozialistischen Staatsdienst wird abgelehnt: die »politische Führung ist . . . nicht bereit, von dem Prinzip einer Gleichstellung der Mitarbeiter in der Verwaltung mit den Arbeitern in den Betrieben so weitgehend abzuweichen.« (Ebd., S.116).

119 Vgl. Materialien 1974, S.583: »Hinsichtlich ihrer Ausbildung bestehen im allgemeinen keine bestimmten Voraussetzungen für die Mitarbeiter in den Staatsorganen. Selbst für höhere Funktionen im Staatsapparat wird keine juristische Ausbildung vorausgesetzt.« Vgl. dazu auch B.Balla: Kaderverwaltung, Stuttgart 1972 sowie G.Meyer: Sozialistische Systeme, Opladen 1979 S.125ff., 245ff.

120 Vgl. Materialien 1974, S.584: »Die Interessen der Mitarbeiter im Staatsapparat sollen wie die Interessen aller Werktätigen durch den FDGB vertreten werden . . . Innerhalb des FDGB nimmt die Gewerkschaft der Mitarbeiter der Staatsorgane und der Kommunalwirtschaft die Interessen der Mitarbeiter in den Staatsorganen wahr . . . Sonderregelungen für die Verwaltung bestehen nicht.«

121 S.Zukin: The Problem of Social Class under Socialism, in: Theory and Society 3/2978 S.401. Immer noch voll gültig im übrigen die herrschaftssoziologische Einschätzung der Bürokratie bei W.Hofmann: Die Arbeitsverfassung der Sowjetunion, Berlin 1956 S.477ff.;

ders.: Wohin steuert die Sowjetwirtschaft? Berlin 1955 S.48ff 91ff.; ders.: Stalinismus und Antikommunismus. Zur Soziologie des Ost-West-Konflikts, Frankfurt 1967 S.13ff., 44f. sowie O. Cless: »Bürokratie« – Anmerkungen zu einem Schlagwort, in: Rilling/Brokmeier, Sozialismusanalyse I, S.173ff.

122 Zukins nicht unbedingt treffende, aber recht griffige Formulierung hierzu: »The socialist bureaucracy is not ideologically dominant, but it controls the dominant ideology.« (ebd., S.416).

123 C.D.Kernig (Hg.) Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. II, Freiburg-Basel-Wien 1968 Stichwort »Führung« Sp. 781.

124 Vgl. D.L.Sills (Hg.): International Encyclopedia of the Social Sciences, Vol. 9 1968 S.91 Stichwort »Leadership«: »The concept of leadership . . . has largely lost its value for the social sciences«. In zahlreichen marxistischen und nichtmarxistischen Wörterbüchern finden sich keine entsprechenden Stichworte. Der Begriff wird zunehmend als Kategorie der Sozialpsychologie und Gruppensoziologie definiert, vgl. als frühes Beispiel Staatslexikon, 3. Bd., Freiburg 1959 Sp.614ff. Stichwort »Führung«.

125 So die Charakterisierung der Leitungsverhältnisse in der DDR durch Glaessner, Kader, S.106. Daß im übrigen in der DDR wie in allen anderen sozialistischen Staaten auch eine Praxis der Herrschaftsdurchsetzung durch Zwangspraktiken existiert, ist evident. Doch weder kann sie mit politischer Führung identifiziert werden, noch berechtigt die Tatsache, daß in der DDR politisch-staatliche, also auch Zwangsverhältnisse existieren, von der spezifischen Herrschaftsmethodik der politischen Führung abzusehen. Von „Führung" zu unterscheiden ist das gesellschaftliche Verhältnis der Leitung, das der Kooperativen, gesellschaftlichen Natur der Produktion entspringt und insofern formationsunspezifisch ist. Führung kann eine Komponente der gesellschaftlichen Form von Leitungsfähigkeit sein. Leitung ist ein gesellschaftlich allgemeines Verhältnis im Sozialismus, Führung dagegen ein besonderes, dominierendes politisches Verhältnis.

126 Kernig, Sowjetsystem, Sp.761.

127 Th.Geiger: Führung, in: A.Vierkandt (Hg.): Handwörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1931 S.138.

128 Ebd., S.139.

129 Vgl. K.Gossweiler: Faschismus und Arbeiterklasse, in: D.Eichholtz, K.Gossweiler (Hg.): Faschismusforschung, Positionen, Probleme, Polemik, Berlin 1980, S.99, bes.S.109ff.

130 Eine Skizze der kaum bekannten ausführlichen Diskussion der sozialen Zugehörigkeit der Leiter, Führungskader usw. in der DDR-Soziologie findet sich in R.Rilling: Beiträge zur Sozialismusforschung, Habil.Marburg 1980 S.396—409, Kap. ›Die Sozialstruktur der DDR‹.

131 Vgl. ebd., S.279ff.

132 Vgl. Beyme, Ökonomie und Politik, a.a.O.; J.J.Wiatr: Essays in Political Sociology, Warschau 1978 S. 91 ff., 171 ff., 186 ff. sowie S. Wiatr: Die Deformationen des politischen Systems Polens – Ursachen der Krise, in: Journal für Sozialforschung 1/1981 S. 37 ff.

133 Ungeachtet der späteren Modifikation des Prinzips, vgl. F.Deppe, H.Jung: Entwicklung und Politik der herrschenden Klasse in der Bundesrepublik, in: U.Albrecht u.a.: Beiträge zu einer Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1979 S.433ff.; G.Therborn: Science, Class and Society. On the Formation of Sociology and Historical Materialism, London 1976 S.145ff.

134 Vgl. die Untersuchung von V.Gransow: Ansätze der Kommunismusforschung, Habil. Berlin u. Bielefeld 1979.

135 Vgl. Therborn, Ruling Class, S.97ff

136 Die Substituierung oder Ergänzung juristischer und ökonomischer Handlungsregulatoren durch politisch-ideologische Massenmobilisierung geschah systematisch bereits bei

der Bodenreform 1945 in der SBZ, dem sächsischen Volksentscheid 1946 und bei der Herausbildung der auf verstaatlichtem Eigentum beruhenden Produktionsfunktion der Arbeiterklasse (Aktivistenbewegung) vor allem seit 1948. Das in der damaligen SBZ Ministerien eine Abteilung besaßen, die unter der Bezeichnung »Arbeit an den Massen« lief, zeigt, wie die Ausbildung dieser massenmobilisatorischen Funktion sich auch im Institutionengefüge des Staatsapparats niederschlug (Vgl. Jahrbuch für Arbeit und Sozialfürsorge 1947/1948, Berlin 1948 S.20). Die Massenorganisationen selbst waren in den staatlichen Verwaltungsorganen von 1945 an zunehmend verankert, vgl. R.Mand, K.-H.Schöneburg: Politisches System der antifaschistisch-demokratischen Macht und revolutionärer Prozeß (1945 bis 1949), in: StUR 7/1980 S.594ff. In der Ausübung der politischen Führungstätigkeit wurde geradezu das Spezifikum sozialistischer Verwaltungen gesehen: »Wer als Staatsfunktionär nicht in der Lage ist, die Massen zu führen, wird notwendig zum Bürokraten; er stellt sich über die Massen und befiehlt«, K.Polak: Zur Dialektik in der Staatslehre, Berlin 1963 S.195. Mobilisierung ist endlich ein über die Parteisphäre hinausreichender Vorgang: z.B. sind unter den 320 000 Mitgliedern der Ausschüsse der Nationalen Front in der DDR 44 % SED-Mitglieder, 19 % Mitglieder anderer Parteien und 37 % Parteilose, vgl. Neuer Weg 23/1978 S.870.

137 Vgl. M.Edelmann: Politik als Ritual. Die symbolische Funktion staatlicher Institutionen und politischen Handelns, Frankfurt/New York 1976, bes.S.56ff.; D.M.Ugrinowitsch: Das Wesen und die sozialen Funktionen von Brauchtum und Ritual in der sozialistischen Gesellschaft, in: DZfPh 1/1977 S.15ff.

138 Vgl. H.Rössler u.a.a: Das ökonomische Gesetz der Verteilung nach der Arbeitsleistung. Die gesellschaftlichen Fonds der Konsumtion, Berlin 1978 S.41ff.

139 So unterschiedliche Autoren wie Beyme, Hough, Glaessner, Balla oder Meyer vermerken die charakteristische »Unabgeschlossenheit« der Verwaltungen »nach unten«. ›Kader‹ ist, wie O.Stammer richtig vermerkt hat, ein »gesellschaftspolitischer Begriff«.

140 Vgl. Beyme, Ökonomie und Politik, S.147: »Eine Interessenverfestigung bestimmter Gruppen ist . . . nicht im gleichen Maße wahrscheinlich wie in einer kapitalistischen Prozeßpolitik unter kapitalistischen Bedingungen . . . Durch Mobilisierung und Rotation ist ein größerer Teil de Bevölkerung in politischen Prozessen involviert als in kapitalistischen Systemen. Selbst die Sowjetunion mit ihren stark bürokratisierten Rekrutierungsmustern ist in vieler Hinsicht ein vergleichsweise partizipatorisches System.« Zur entsprechenden Konzipierung des Abgeordnetenstatus vgl. Lapp, Volkskammer, S.65ff.: »Es ist erklärtes Ziel der Verantwortlichen in der DDR, die Herausbildung eines bevorrechtigten Standes von Abgeordneten der Volkskammer zu unterbinden. Die Abgeordnetenfunktion soll dem Mandatsträger keine Besserstellung gegenüber seiner früheren Lebensstellung bringen und mit keiner Bevorzugung gegenüber anderen Staatsbürgern verbunden sein. Die Etablierung eines bevorrechtigten Standes wird zusätzlich auch dadurch vermieden, daß man das Rotationsprinzip anwendet: zu jeder Neuwahl werden etwa ein Drittel der Abgeordneten nicht wieder neu nominiert . . . Ihm ist es unmöglich, aus seiner Tätigkeit als Abgeordneter seinen Lebensunterhalt zu bestreiten, wie beispielsweise der Berufsparlamentarier im Bonner Bundestag. Der DDR-Abgeordnete ist verpflichtet, seinem alten Beruf weiter nachzugehen . . . wird ihm von Verfassungswegen garantiert, daß ihm durch seine Abgeordnetentätigkeit keinerlei berufliche Nachteile entstehen dürfen.«

141 Vor fast 30 Jahren hat der amerikanische Soziologie und Kommunismusforscher Inkeles eine Wendung geprägt, die auch heute noch cum grand salis zutrifft: »It has been remarked, that in the United States one critizesis the President but little else, whereas in the Soviet Union one never critizes Stalin or his policy but does critizises virtually everything else« (A.Inkeles: Public Opinion in Soviet Russia, Cambridge Mass. 1950 S.202). Ähnlich die Einschätzung bei Hough, Social Sciences, S.197 »Soviet citizens can make the most basic (if carefully worded) criticismus of that Westerners certainly would consider the fundamentals of the system.«

142 Die einzelnen sozialökonomischen Gruppen und Klassen in der DDR weisen – auch entsprechend dem Qualifikationsgrad – einen sehr unterschiedlichen Aktivitätsgrad auf. Eine repräsentative Untersuchung im Bezirk Dresden 1977 ergab, daß etwa 66 % der befragten Werktätigen ehrenamtlichen Funktionen im Betrieb, Wohngebiet, in gewerkschaftliche, staatlichen und anderen gesellschaftlichen Funktionen ausübten. Dieser Aktivitätsgrad nimmt zu mit wachsendem Technisierungsgrad, steigenden geistigen Anforderungen und ist beträchtlich nach Hauptgruppen differenziert: der Anteil derer, die sich für die Diskussion aktueller Probleme der politischen und kulturellen Entwicklung interessieren, ist »vor allem bei Hoch- und Fachschulkadern, aber auch bei den Angestellten erheblich größer als bei den Produktionsarbeitern und Genossenschaftsbauern.« (Autorenkollektiv: Körperliche und geistige Arbeit im Sozialismus, Berlin 1980 S.312; Angaben zur höheren Beteiligung der Meister/Brigadiere bzw. Angehörigen der Intelligenz gegenüber Facharbeitern bzw. Angelernten an der betrieblichen Plandiskussion enthält G.Nolepa, L.Steitz: Wissenschaftlich-technischer Fortschritt-Arbeiterklasse-Schöpfertum, Berlin 1975 S.123; H.Pawula: Die Industriearbeiter – Kern der sozialistischen Arbeiterklasse, Berlin 1979 S. 87 stellt fest: »Unterschiede im Verhältnis von geistiger und körperlicher Arbeit führen nicht selten . . . zu unterschiedlicher Teilnahme an der politischen Machtausübung im Betrieb, im Territorium, in der Leitung gesellschaftlicher Organisationen.« Unter den Inhabern gesellschaftlicher Funktionen im Betrieb waren 12 % Ungelernte, 18 % Angelernte und 38 % Facharbeiter; und während nur 21 % der Produktionsarbeiter ohne den Abschluß der 8.Klasse eine solche Funktion ausübten, traf dies für 51 % der Absolventen der 12. Klasse zu (ebd. S.98).

143 Das betrifft in erster Linie die zunehmende Schichtarbeit und das Vordringen wenig anspruchsvoller (monotoner) geistiger Tätigkeiten, vgl. die Angaben zu den departizipativen Wirkungen dieser Tätigkeitsart bei R.Stollberg, B.Weidling: Das Bedürfnis nach anspruchsvoller Arbeit wecken und befriedigen, in: Arbeit und Arbeitsrecht 8/1978 S.356f. sowie in: Erfordernisse und Möglichkeiten der Anreicherung der Arbeit mit geistig anspruchsvollen Elementen unter den Bedingungen der weiteren Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft in der DDR, in: Informationen zur soziologischen Forschung in der DDR 6/1977 S.24ff.

144 Vgl. Beyme, Ökonomie und Politik, a.a.O. sowie Autorenkollektiv, Staatsrecht, S.182ff.

145 Vgl. aber Schwarzenbach, Kaderpolitik, S.37: »Insgesamt kann festgestellt werden, daß die Gewährleistung der sozialistischen Gesetzlichkeit seit 1971 einen hohen Stellenwert im Rahmen der staatlichen Verwaltungstätigkeit erhalten hat, verbunden mit der Forderung, die Wirksamkeit von Rechtsnormen ständig zu überprüfen. Durch zahlreiche Initiativen, in die Formen des Massenwettbewerbs gekleidet, soll die Rechtserziehung der Bevölkerung intensiviert werden. Gleichzeitig wird versucht, die Rechtskenntnisse der Funktionäre in Staatsorganen, in staatlichen und gesellschaftlichen Organisationen ständig zu verbessern. Es kann nicht bestritten werden, daß diese Maßnahmen die Rechtssicherheit der Bürger gegenüber der staatlichen Verwaltung verstärken.

146 Vgl. C.Ziegenrücker: Arbeitsrecht und Arbeitsverhältnisse in der DDR – zum neuen Arbeitsgesetzbuch der DDR, in: Brokmeier/Rilling, Sozialismusanalyse I, S.232ff.

147 Vgl.R.Rilling: Probleme betrieblicher Mitbestimmung und Mitwirkung in der DDR, in: P.Brokmeier/R.Rilling (Hg.): Beiträge zur Sozialismusanalyse II, Köln 1979 S.87—155. Hier wird das betriebliche Partizipationssystem als eine Kernstruktur des politischen Systems behandelt; da der Grad der Erwerbstätigkeit in der DDR sehr hoch ist, ist dort ein um weit mehr als ein Drittel höherer Bevölkerungsanteil als in der BRD in das betriebliche Partizipationssystem einbezogen da in der BRD etwa 6 Mio., Arbeitnehmer (27 %) von vorneherein nicht unter den Geltungsbereich des Betriebsverfassungsgesetzes fallen, und nur in 6 % der dem BetrVG unterliegenden Betriebe auch tatsächlich ein Betriebsrat gewählt wurde (1968), sind ca. 1/3 der vom Gesetz erfaßten Arbeitnehmer ausgeschlossen, was dazu führt,

»daß nur rund die Hälfte aller unselbständig Beschäftigten in den Genuß gesetzlicher Regelung kam« (W.Däubler: Das Arbeitsrecht, Reinbek 1976 S.199). Der Abstand zur DDR erhöht sich somit nochmals spektakulär. Mitte der 70er Jahre gab es in der DDR – einem Land von der Größe Nordrhein-Westfalens – 41 000 Betriebsgewerkschaftsleitungen, in der gesamten BRD dagegen nur 35 000 Betriebsräte, vgl. Däubler, ebd., sowie Neues Deutschland v. 30. 8. 1974.

148 Vgl. etwa die Untersuchungsergebnisse bei Schaarschmidt/Sternkopf, Volksvertretungen, S.801 zur Tätigkeit von 64 Volksvertretungen auf 586 Tagungen im Zeitraum vom 1. 1. 1976 bis zum 30. 6. 1977, wonach »mitunter noch Tagungen als Repräsentativberatungen konzipiert und abgehalten werden. Solche Tagungen erwecken dann nicht selten nur geringes Interesse. Die Beiträge sind zumeist vorher kollektiv beraten und vielen bereits bekannt. Konflikte, offene Fragen, Mängel in der staatlichen Leitungstätigkeit wurden vorher geklärt. Darüber hinaus geht kaum ein Redner auf den Bericht des Rates oder auf seine Vorredner ein.« Das Parlament also: zuviel »Kundgebungsorgan« (Grotewohl) und zu wenig »großes Sprech- und Horchinstrument« (Brecht). In 52 untersuchten Kreistagen gab es 3 283 Vorschläge von Abgeordneten (§ 17 Abs.2 GöV); auf 2 074 Tagungen von 244 Volksvertretungen wurden 4 162 Anfragen (§ 17 Abs.2 GöV) von Abgeordneten registriert.

149 Auch darüber macht sich Strittmatters Wundertäter öffentlich Gedanken (z.B. S.489f.), die in der politischen Wissenschaft der DDR noch auf sich warten lassen.

150 Vgl.R.Höhn: Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee, Bad Harzburg 1963 bes.S.105ff.

151 Therborn, Ruling Class, S.117.